

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

ABGEORDNETE UND REGIONALE WÄHLERSCHAFT IN KASACHSTAN UND KIRGISTAN PARLAMENTSWAHLEN IN USBEKISTAN

■ ANALYSE

Wahlkreisarbeit ohne Wahlkreis.

Abgeordnete und regionale Wählerschaft in Kasachstan und Kirgistan 2
Von Esther Somfalvy, Bremen

■ GRAFIKEN ZUM TEXT

Sitzverteilungen in den Parlamenten Kasachstans und Kirgistans 6

■ DOKUMENTATION

Technisch nahezu perfekt... Parlamentswahlen in Usbekistan 7

■ CHRONIK

13. Dezember 2014 – 30. Januar 2015 10
Kasachstan 10
Kirgistan 13
Tadschikistan 15
Turkmenistan 17
Usbekistan 19



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Wahlkreisarbeit ohne Wahlkreis.

Abgeordnete und regionale Wählerschaft in Kasachstan und Kirgistan

Von Esther Somfalvy, Bremen

Zusammenfassung

In Kasachstan und Kirgistan gibt es keine Wahlkreise. Die Abgeordneten des kasachstanischen Unterhauses (Madschilis) und des kirgisischen Parlamentes (Dschogorku Kenesch) werden nach Verhältniswahlrecht mittels landesweiter Parteilisten gewählt und sollen, so der explizite Anspruch ihres Mandates, die gesamte Nation repräsentieren und kein bestimmtes Gebiet. Auch ohne formale Bindung an Wahlkreise widmen die Abgeordneten beider Parlamente bei Reisen »in die Gebiete« der Wählerschaft viel Zeit und Ressourcen. Dabei besteht in beiden Staaten ein Zielkonflikt zwischen dem landesweiten Mandat und dem Anspruch, eine enge Bindung mit der lokalen Wählerbasis herzustellen und damit Disparitäten zwischen den Gebieten zu überwinden; die praktische Umsetzung ist unterschiedlich. In Kasachstan findet die Arbeit in den Gebieten in enger Abstimmung mit und koordiniert durch die Parteiorganisationen statt, womit die Herausbildung eines geographischen Fokus in der Bindung des Abgeordneten an das Elektorat unterbunden werden soll. In Kirgistan hingegen werden für die Dauer der Legislaturperiode in den Fraktionen Gebiete verteilt und somit längerfristige Zuständigkeiten geschaffen. In beiden Fällen bestehen aber begründete Zweifel daran, dass die Aktivitäten der Abgeordneten dazu beitragen, das Profil der Institution Parlament als Vertretung der gesamten Bevölkerung zu schärfen.

In Kasachstan und Kirgistan gilt seit einigen Jahren bei Wahlen das Verhältniswahlrecht. Ein Vergleich der Repräsentationspraxis soll zeigen, wie unterschiedlich trotz des gleichen, national gefassten Mandates Abgeordnete in den beiden Staaten den Kontakt zur Bevölkerung gestalten.

Parlamente im Vergleich

Die Abgeordneten des Unterhauses der Volksvertretung Kasachstans, der Madschilis, und die des kirgisischen Parlamentes, des Dschogorku Kenesch, verbindet das gleiche Wahlsystem. Beide Staaten beschlossen 2007 den Wechsel vom Mehrheits- zum Verhältniswahlrecht. Beide Parlamente werden auf Grundlage geschlossener landesweiter Parteilisten in einem einzelnen Wahlkreis gewählt. Die Stimmanteile einer Partei werden nahezu exakt in die Mandatsanzahl übersetzt. Verhältniswahlen führen in der Regel zu einem Parlament, das die Präferenzen der Bevölkerung möglichst genau widerspiegelt. Sie gelten als Mittel zur Vermeidung extremer politischer Umschwünge. Zu erwarten ist weiterhin die Herausbildung eines Mehrparteiensystems und eines Wahlkampfstils, der auf Parteiprogramme und nicht einzelne Kandidaten ausgerichtet ist.

Von den Übereinstimmungen im Wahlrecht abgesehen, unterscheiden sich die Regierungssysteme Kasachstans und Kirgistans in vielen Punkten, in beiden Fällen heben sie aber die erwarteten Effekte des Wahlsystems teilweise auf. Kasachstan hat ein präsidentielles Regierungssystem, in dem die Macht des Parlamentes eingeschränkt ist. Zudem hat das Parlament zwei Kammern; neben der Madschilis gibt es einen indirekt gewählten Senat. Die Abgeordneten der Madschilis sollen die

gesamte Bevölkerung vertreten. Einer der Gründe, die für den Übergang zum Verhältniswahlrecht angegeben wurden, ist, dass dies in einem nach Verhältniswahl gewählten Parlament einfacher möglich sei. Eine Besonderheit des kasachstanischen Parlamentes ist, dass neun der 107 Abgeordneten der Madschilis nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von der »Versammlung des Volkes Kasachstans« (Assambleja Naroda Kasachstana), gewählt werden. Dies ist ein Beratungsgremium, welches, ganz im Sinne des in Kasachstan propagierten inklusiven Nationalismus, das konfliktfreie Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen fördern soll.

Das kirgisische Parlament hat nur eine Kammer. Dessen Bedeutung wurde mit der per Referendum beschlossenen Verfassungsreform von 2010 aufgewertet; seither ist Kirgistan das einzige Land Zentralasiens mit einem (semi-)parlamentarischen Regierungssystem. Dementsprechend hat der Dschogorku Kenesch weitreichendere Machtbefugnisse als die kasachstanische Volksvertretung. Parlament und Regierung haben in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen zur Regulierung der Interaktion zwischen Parlament und Wählern auf den Weg gebracht, in der Hoffnung, dadurch die Akzeptanz des neuen Arrangements zu erhöhen. Den rechtlichen Rahmen für diese Bemühungen bildet das »Strategische Programm zur Entwicklung des Dschogorku Kenesch bis 2016«.

Wahlhürden und Parteiensysteme

Zwei Faktoren beeinflussen die unterschiedliche Repräsentationspraxis in Kasachstan und Kirgistan maßgeb-

lich: Wahlhürden und Parteiensystem. In Kasachstan haben die Abgeordneten nur geringe Autonomie gegenüber der Partei, das Parlament hat deshalb nur wenig Potential, ein eigenes Profil zu entwickeln. Die reguläre Legislaturperiode der Madschilis in Kasachstan beträgt fünf Jahre; allerdings wurden sowohl 2007 als auch 2012 vorzeitige Neuwahlen ausgerufen. Die Sieben-Prozent-Hürde wurde 2009 durch zwei garantierte Mandate für die zweitstärkste Partei ergänzt. Bei den Wahlen 2007 hatte nur eine einzige Partei, Nur Otan, die Sperrklausel übersprungen; Kasachstan war daraufhin international kritisiert worden. Mandate werden an eine Partei vergeben, nicht an die einzelnen Abgeordneten. Frei gewordene Mandate werden vom jeweils nächsten auf der Parteiliste gefüllt. Seit 2007 dürfen sich keine unabhängigen Kandidaten mehr zur Wahl stellen. Diese Bestimmungen stärken die Position der Parteien und minimieren die Anreize für Parteiausstritte.

In Kasachstan sind derzeit neun Parteien bei der zentralen Wahlkommission registriert. Ethnisch und religiös ausgerichtete Parteien sind verboten. Das Parteiensystem wird von der Präsidentenpartei Nur Otan (Licht des Vaterlandes) dominiert. Sie ist auf die Person des Präsidenten ausgerichtet und hat eine enge Anbindung an die Exekutive. Nur Otan dominiert mit 83 von 107 Mandaten das Unterhaus des Parlaments sowie den Senat, die lokalen Volksvertretungen und die Verwaltung. Daneben sind die Demokratische Partei Ak Schol (Heller Weg) und die Kommunistische Volkspartei mit wenigen Sitzen im Parlament vertreten.

In Kirgistan haben viele Bestimmungen des Wahlrechts zum Ziel, eine Machtkonzentration bei einzelnen Akteuren zu verhindern und verschiedene Gruppen auszubalancieren. Seit der Verfassungsreform 2010 gilt eine Quotenregelung für Minderheiten, Kandidaten unter 35 Jahren und Frauen. Jeder vierte Listenplatz muss durch eine Person des »anderen«, also des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts besetzt werden. Das Resultat ist ein Frauenanteil von derzeit 23 % im Parlament. Es gilt eine doppelte Sperrklausel: Um ein Parlamentsmandat zu erhalten, müssen die Parteien sowohl landesweit 5 % der Stimmen erhalten, als auch 0,5 % der Stimmen in jedem der neun Gebiete. Diese Regelung hat zum Ziel, Parteien ohne landesweiten Rückhalt aus dem Parlament fern zu halten und damit den »Lokalismus« zu bekämpfen, sie soll zudem der weiteren Zersplitterung des Parteiensystems entgegen wirken. Wie in Kasachstan sind ethnische und religiöse Parteien verboten.

Das Parteiensystem in Kirgistan ist fragmentiert und wenig institutionalisiert. Zu den Parlamentswahlen 2010 traten 29 Parteien an, von denen lediglich fünf ins Parlament einzogen. Die Parteien haben zwischen 18 (Ata-Meken) und 28 (Ata-Schurt) Mandate. Die Man-

datsanzahl ist per Gesetz auf maximal 65 pro Partei begrenzt, weshalb Koalitionsregierungen der Regelfall sind. Rechnerisch müssen derzeit an einer Koalitionsregierung mindestens drei Parteien beteiligt sein. Die Loyalität der Abgeordneten gegenüber ihren Parteien bzw. Fraktionen ist gering. Im Sommer 2014 hatten bereits 13 Abgeordnete ihre Fraktion verlassen und sich einer von drei Parlamentariergruppen angeschlossen oder für unabhängig erklärt. Einige von ihnen sind an Parteineugründungen beteiligt und haben die Absicht geäußert, bei den nächsten Wahlen für eine andere Partei anzutreten. Durch das fragmentierte Parteiensystem haben viele Parteien Schwierigkeiten, die regionale Wahlhürde von 0,5 % zu überwinden. Um ihre Chancen auf einen Einzug ins Parlament zu erhöhen, werden daher Kandidaten für die Parteilisten rekrutiert, die in ihrem Gebiet Einfluss haben und die notwendigen Stimmen mitbringen. Die Abgeordneten sind für den Wahlerfolg nicht, wie in Kasachstan, von den Parteien abhängig; vielmehr sind es die Parteien, die in Gebieten, in denen sie schwach sind, von der Zugkraft ihrer Kandidaten abhängig sind. Diese regionalen »Zugpferde«, haben dann auch nach den Wahlen ein Interesse daran, ihre Aktivitäten auf »ihre« Region zu konzentrieren, da ihre Position in der Partei auf dieser lokalen Machtbasis aufbaut. Dies begünstigt die Herausbildung von geographischen Schwerpunkten in der Repräsentationstätigkeit, trotz anders lautendem Mandat.

Die oben beschriebenen Bestimmungen im Wahlsystem und das Parteiensystem haben deutliche Auswirkungen auf die Repräsentationspraxis kasachstanischer und kirgisischer Parlamentarier in den Gebieten.

Kasachstan: Abgeordnete als Sprachrohr ihrer Partei

Wahlkreisarbeit in Kasachstan findet in enger Abstimmung mit den Parteien statt, als deren Sprachrohr die Abgeordneten agieren. Abgeordnete der Madschilis reisen ein Mal im Quartal für zehn Tage »in die Gebiete«. Planung und Koordination dieser Reisen wird vom jeweiligen Parteiapparat übernommen. Die lokalen Parteibüros unterstützen die Abgeordneten vor Ort, da diese in der Regel keine eigenen Mitarbeiter außerhalb der Hauptstadt beschäftigen.

In der Reiseplanung von Nur Otan ist nicht vorgesehen, dass Abgeordnete mehrere Male in Folge den gleichen Ort besuchen. Zwar können Abgeordnete ihren Wunsch nach einem zweiten Termin zwecks Nachbereitung äußern; dass dieser Wunsch bei der Reiseplanung berücksichtigt wird, ist jedoch nicht garantiert.

Typisch für die Arbeit in den Gebieten sind Treffen mit größeren Gruppen, beispielsweise mit Studenten, Rentnern, Beamten oder Angehörigen eines Betriebes.

Nur Otan als Massenpartei mit umfassendem Vertretungsanspruch bemüht sich dabei um Kontakte mit allen Bevölkerungsgruppen. Die beiden kleineren Parteien im Parlament organisieren häufiger Treffen mit ihrer jeweiligen Klientel: Abgeordnete von Ak Schol treffen sich mit Unternehmensvertretern, Abgeordnete der Kommunistischen Volkspartei mit Gruppen von Arbeitern. Nach der Verabschiedung von Regierungsprogrammen werden die Abgeordnetenbesuche in den Gebieten dazu genutzt, um im Rahmen größerer Versammlungen über deren Inhalt zu informieren. NGOs kritisieren mitunter, dass die Interaktionen zwischen Abgeordneten und Bevölkerung stark formalisiert seien und diese Formate nur wenig Raum für Austausch ließen.

Die örtlichen Büros der Partei bilden oftmals den ersten Anlaufpunkt bei den Reisen. Dort finden regelmäßig Sprechstunden der Abgeordneten statt, in die sich die Bürger einschreiben können. Nicht nur Abgeordnete der Madschilis halten ihre Sprechstunden in den Empfangsbüros der Partei ab, sondern auch Senatoren, Abgeordnete der lokalen Parlamente (Maslichat), Vertreter der Staatsanwaltschaft und Mitglieder der Administration, wie der Stellvertreter des Gouverneurs. Dies gilt insbesondere im Fall der Regierungspartei Nur Otan, deren Mitglieder in den meisten Funktionen anzutreffen sind.

Für die neun Abgeordneten der Versammlung des Volkes Kasachstans in der Madschilis gelten leicht abweichende Regelungen. Ihre Reisen werden vom Sekretariat der Volksversammlung unterstützt. Häufig besuchen sie kulturelle Organisationen der Minderheiten und nehmen an deren Kulturveranstaltungen teil.

Die Parteien koordinieren und kontrollieren die Aktivitäten der Abgeordneten in den Gebieten. Ein Interviewpartner in Kasachstan beschwerte sich darüber, dass die Kontakte zu den Wählern oberflächlich bleiben. Abgeordneten fehle weiterhin die Möglichkeit, die Umsetzung der von ihnen gegebenen Versprechen durch andere Akteure zu überprüfen. Ein ehemaliger Abgeordneter der Regierungspartei berichtete, dass er als Abgeordneter zwar keine Möglichkeit der Nachverfolgung hatte, aber als Mitglied einer Parteikommission sicherstellen konnte, dass die Partei sich der Sachverhalte annahm. Solche Einzelbeispiele belegen, wie sehr die Gestaltungsmacht die Abgeordneten in Kasachstan von der Partei abhängig ist. Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Bürger die Abgeordneten primär als einen von mehreren Zugängen zur Macht sehen, als Agenten der Partei und nicht als Vertreter der eigenständigen Institution Parlament.

Kirgistan: Individualisierung trotz zunehmender Regulierung

Abgeordnete in Kirgistan agieren trotz der zunehmenden Regulierung ihrer Tätigkeit weitgehend autonom.

Die direkte Interaktion zwischen Abgeordneten und Bürgern ruht auf drei Säulen: den individuellen Empfangszeiten der Abgeordneten, Empfangsbüros der Fraktionen und Reisen von Parlamentsangehörigen in die Gebiete.

Abgeordnete sind verpflichtet, ein Mal im Quartal sowie während der Sitzungspause im Sommer in ihr Gebiet zu reisen. Bei den vom Parlamentssprecher festgelegten Reisezeiten handelt es sich um die Mindestaufenthaltsdauer; viele Abgeordnete fahren weitaus häufiger als gefordert. Die Fraktionssekretariate, die die Reisen für den Jahresbericht dokumentieren, werden teilweise erst im Nachhinein informiert. Dies erschwert die Planung für Wähler und auch NGOs, die an Terminen mit Abgeordneten teilnehmen wollen.

Es ist natürlich nicht möglich, dass alle Abgeordneten ständig in allen Gebieten Präsenz zeigen. Nach den Wahlen werden daher innerhalb der Fraktionen die Zuständigkeiten für die Gebiete und Bezirke zwischen den Abgeordneten verteilt. Die Zuweisung gilt für die Dauer der gesamten Legislaturperiode. Dabei gilt, dass kein Gebiet ohne zuständigen Abgeordneten bleiben soll. In der Regel übernehmen Abgeordnete die Zuständigkeit für das Gebiet, aus dem sie entweder stammen oder in dem sie längere Zeit gelebt haben. Mitunter übernehmen Parteivorsitzende ein Gebiet, in dem die Partei bei den vergangenen Wahlen besonders schlecht abgeschnitten hatte, um die Sichtbarkeit der Partei zu erhöhen. Probleme ergeben sich, wenn Abgeordnete vorzeitig aus dem Parlament ausscheiden, denn die Nachrücker von der Parteiliste stammen in der Regel aus einem anderen Gebiet.

Die Abgeordneten verfügen über begrenzte Ressourcen für die Arbeit mit den Wählern. Jeder hat Mittel für einen Berater und eine Sekretariatsstelle. Einige stellen auf eigene Kosten zusätzliche Mitarbeiter in den Gebieten ein. Unterstützt werden die Abgeordneten durch einzelne Mitarbeiter sowie durch Freiwillige aus der Partei. Seit kurzem ist gesetzlich geregelt, dass die lokalen Volksvertretungen die Abgeordnetenbesuche aus der Hauptstadt logistisch unterstützen müssen. Büros außerhalb der Hauptstadt hat nur eine Minderheit der Abgeordneten. Es gibt vereinzelte Pilotprojekte mit der Beteiligung internationaler Geldgeber, die den Aufbau von Büros unterstützen. Im Budget des Parlaments sind jedoch keine Mittel für derartige Büros vorgesehen.

In den Gebieten selbst nehmen die Abgeordneten oft an größeren Bürgerversammlungen ohne feste Agenda teil. Derartige Treffen dienen dem Sammeln von Informationen. In kleineren Ortschaften finden die Treffen mit den Wählern auch spontan auf der Straße statt. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen veranstalten regelmäßig Treffen bei denen dann z. B. eine Organi-

sation gezielt Abgeordnete mit Zuständigkeit für ein anderes Gebiet einlädt, um sie aus ihrer »Komfortzone« zu locken und die nationale Dimension ihres Mandates zu stärken.

Eine Besonderheit ergibt sich bei Abgeordneten, die nicht mehr Mitglied einer Fraktion sind, was derzeit 13 Abgeordnete betrifft. Diese können nicht auf die Ressourcen der Fraktionen zurückgreifen. Da die Parlamentariergruppen deutlich kleiner sind als die Fraktionen, können sie mit ihrer Reisetätigkeit nicht das gesamte Land abdecken. Mitunter zeigt sich ein eindeutiger geographischer Fokus in der Aktivität dieser Gruppen.

Die Themen, mit denen die Abgeordneten in den Regionen regelmäßig konfrontiert werden, sind Beschwerden über Rechtsverletzungen durch die Exekutive, Probleme mit Rentenzahlungen und der Ausstattung von Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen. In einzelnen Gebieten ist die Versorgung mit Strom und Wasser regelmäßiger Gegenstand von Beschwerden. Nach Angaben der Abgeordneten kommen auch Fragen nach individueller finanzieller Hilfe häufig vor.

Teilnehmer von Versammlungen sprechen mitunter Themen an, die nicht in die Zuständigkeit des Dschogorku Kenesch fallen. Da zu den Veranstaltungen auch Mitglieder der lokalen Administration erscheinen, zu denen die Bevölkerung sonst nur schwer Zugang erhält, werden die Anfragen direkt an sie weiter gegeben. Die Abgeordneten fungieren hier als unabhängige Kontrollinstanz, also »Richter«, die über die Erledigung von Aufgaben der Exekutive wachen. Auch bei schriftlichen Anfragen zu Themen, die nicht in die Zuständigkeit des Parlaments fallen, beschränkt sich die Mitwirkung

der Abgeordneten oftmals darauf, die Anfragen an die entsprechenden Stellen weiter zu leiten. Diese könnten die Anfragen von Abgeordneten, anders als von anderen Bürgern, nicht ignorieren. Kirgisische Abgeordnete verwenden einen großen Teil ihrer Arbeitszeit, um solchen Beschwerden nachzugehen und individuelle Hilfe zu leisten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Wahlkreisarbeit trotz fortschreitender Verrechtlichung und Koordination durch die Fraktionen weiterhin stark individualisiert bleibt. Abgeordnete haben weiterhin viel Entscheidungsfreiheit darin, wann und wie sie ihre Tätigkeit in den Gebieten ausfüllen.

Fazit

Das abstrakte, landesweite Mandat der Abgeordneten führt in Kasachstan und Kirgistan zu unterschiedlichen Praktiken der Arbeit in den Gebieten. In beiden Fällen ist aber fraglich, ob diese Arbeit dazu führt, die Bindung der Bevölkerung an die Institution des Parlamentes zu stärken. Denn die Abgeordneten der kasachstanischen Madschilis agieren als Agenten der Partei. Die Arbeit in den Gebieten trägt somit nicht dazu bei, das Profil des Parlamentes als eigenständiger politischer Akteur zu schärfen. Die Abgeordneten des kirgisischen Dschogorku Kenesch agieren als Unternehmer in eigener Sache, die sich weniger der Partei oder Fraktion verpflichtet fühlen. Bisherige Regelungsversuche konnten daran nur wenig ändern. Im derzeit anlaufenden Wahlkampf für die im Herbst 2015 stattfindenden Parlamentswahlen wird sich zeigen, ob die vom Übergang zum Verhältniswahlrecht erhoffte geringere Personalisierung der Politik und die Konsolidierung des Parteiensystems eintreten.

Über die Autorin:

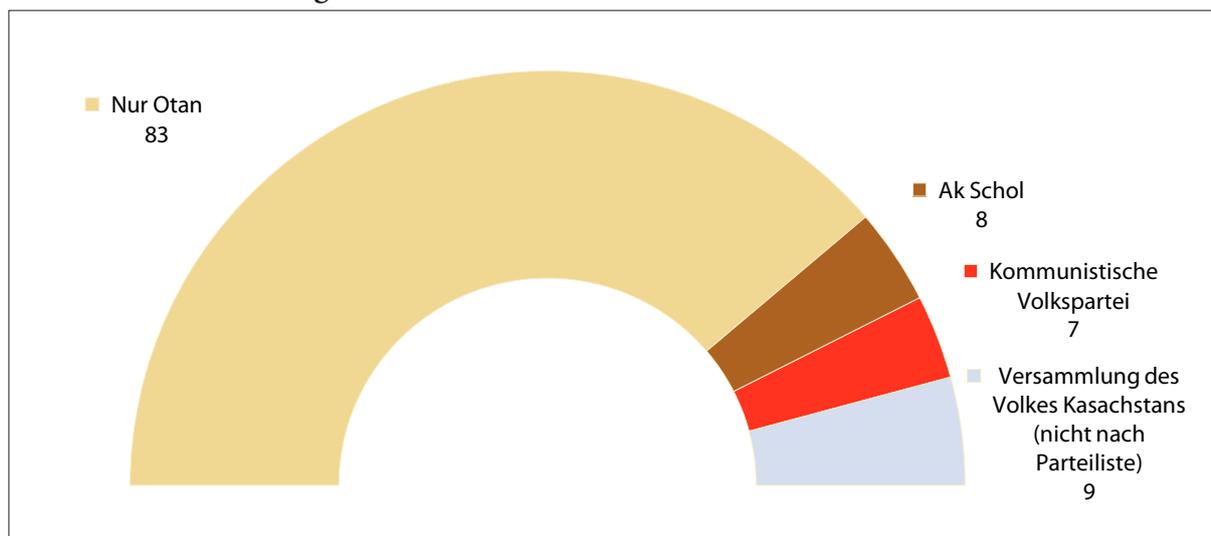
Esther Somfalvy ist Doktorandin an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Zur Datenerhebung für ihre Dissertation über parlamentarische Repräsentation in Kasachstan und Kirgistan hat sie sich für mehrere Monate zur Feldforschung in den beiden Ländern aufgehalten.

Lesetipps:

- Rico Isaacs, Party System Formation in Kazakhstan. Between Formal and Informal Politics, London 2011.
- Amos Helms, Parlamentswahlen in Kasachstan. Umstrittener Verlauf, unumstrittener Präsident. KAS Länderbericht; = <<http://www.kas.de/kasachstan/de/publications/31106/>>
- Erica Marat, Kyrgyzstan. A Parliamentary System Based on Inter-Elite Consensus, in: Demokratizatsiya, 20(2011)4, S. 325–344.
- Chris Rickleton, Kyrgyzstan: Political Elites Cling On as New Election Cycle Starts, in: Eurasianet, 14.01.2015; = <<http://www.eurasianet.org/node/71621>>

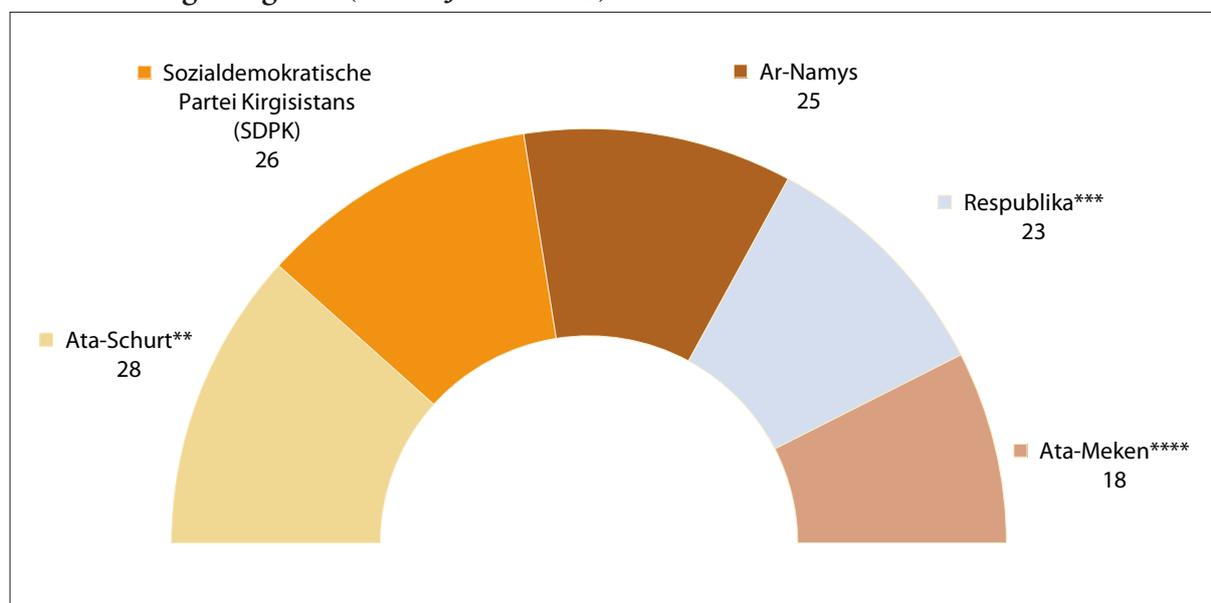
Sitzverteilungen in den Parlamenten Kasachstans und Kirgistans

Grafik 1: Sitzverteilung in der Madschlis Kasachstans (2012–2017)



Quelle: Website der Zentralen Wahlkommission der Republik Kasachstan, <http://election.kz/portal/page?_pageid=73,473388&dad=portal&_schema=PORTAL>

Grafik 2: Sitzverteilung im Dschogorku Kenesch Kirgistans (2010–2015) nach formaler Parteizugehörigkeit* (Stand: Januar 2015)



* Die 13 fraktionslosen Abgeordneten sind rein formal nach wie vor Mitglieder ihrer Partei.

** Von der Ata-Schurt-Fraktion gehören ein Abgeordneter der Parlamentariergruppe Yntymak und drei der Parlamentariergruppe Reforma Uchun an.

*** Von der Respublika-Fraktion gehören vier Abgeordnete der Parlamentariergruppe Onuguu und drei Abgeordnete der Parlamentariergruppe Yntymak an.

**** Von der Ata-Meken-Fraktion sind zwei Abgeordnete unabhängig.

Quellen: Website der Zentralen Wahlkommission der Republik Kirgistan; <http://www.shailoo.gov.kg/index.php?module=content&page=O_rezultatah_vyborov_deputatov_Jogorku_Kenesha_Kyrgyzskoy_Respubliki_10_oktyabrya_2010_goda_&page_lang=ru>; Website des kirgisischen Parlaments, <<http://kenesh.kg/RU/Folders/235-Deputy.aspx>>

Technisch nahezu perfekt... Parlamentswahlen in Usbekistan

Usbekistan hat eine neue Volksvertretung. Im Dezember und Januar fanden turnusmäßig (alle fünf Jahre) die Wahlen für beide Kammern – Unterhaus (Gesetzgebende Versammlung) und Senat – des Parlaments (Olij Madschlis) statt.

Zuerst waren am 21. Dezember 2014 20,8 Mio. Bürger aufgefordert, ein neues Unterhaus des Parlaments (sowie die regionalen und lokalen Räte) zu wählen. 135 der insgesamt 150 Abgeordneten werden laut Verfassung von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt, 15 von der Ökologischen Bewegung Usbekistans bestimmt.

Um die 135 Sitze bewarben sich Vertreter der vier in Usbekistan zugelassenen Parteien, die alle Pro-Regierungsparteien sind. Kritischen bzw. wirklich oppositionellen Parteien ist die Arbeit in Usbekistan nicht möglich. Unabhängige Kandidaten sieht das Gesetz nicht vor. Kandidaten müssen mindestens 25 Jahre alt sein und in den fünf Jahren vor der Bewerbung in Usbekistan gelebt haben.

Die Liberaldemokraten, die Partei des Präsidenten, verstehen sich als Vertretung von Business und Landwirten, die Demokratische Partei Milli Tiklanisch wendet sich an Anhänger traditioneller Werte, die Volksdemokratische Partei an die sozial Schwachen und die Sozialdemokratische Partei Adolat an die Intelligenz. D. h. die vier Parteien stehen weniger in politischer Konkurrenz miteinander, als dass sie sich ergänzen, jede Partei wendet sich an eine andere soziale Gruppe. Die Ökologische Bewegung ist in diesem Spektrum eine weitere Farbe.

In fast allen Wahlbezirken hatten die Wähler die Auswahl zwischen vier Kandidaten. In den Medien wurde betont, dass viele von ihnen jung waren und/oder erstmals kandidierten. Auch bei der Auswahl der Kandidaten wurde darauf geachtet, dass sie die Bevölkerung abbildeten. Dafür gibt es auch eine Frauenquote (33,3%).

Zwar hatten alle Parteien genügend Mittel für wohl organisierte Wahlkampagnen zur Verfügung – Themen waren Sozialleistungen und ökonomische Entwicklung; Stabilität, Einigkeit und Sicherheit sowie die Notwendigkeit nicht abrupt, sondern allmählicher politischer und ökonomischer Reformen – doch fand unter usbekischen Bedingungen natürlich kein lebhafter oder kontroverser Wahlkampf statt.

Am 21. Dezember lag die Wahlbeteiligung dann in der für Zentralasien üblichen Höhe von 88,94%, Klagen oder Zwischenfälle wurden nicht bekannt. In 22 Wahlbezirken war eine Nachwahl erforderlich, weil kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Sie fand in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen am 4.1.2015 zwischen den beiden jeweils bestplatzierten Kandidaten statt. Das Ergebnis wurde offiziell nicht in Zahl/Prozent der Stimmen für die Parteien bekannt gegeben, veröffentlicht wurde nur die Zahl der Sitze pro Partei (siehe unten). Schlüsse über die Stimmung der Bevölkerung oder die zukünftige Politik sind unter den gegebenen Bedingungen aus dem Ergebnis nicht zu ziehen.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission hat ein starker personeller Wechsel verbunden mit einer Verjüngung stattgefunden. Nur 40 der jetzt Gewählten waren bereits Mitglied des Vorgängerparlaments, 45 Abgeordnete sind unter 40 Jahre, 44 zwischen 40 und 49 Jahren alt, nur 39 liegen darüber. Neben Usbeken sind auch Vertreter nationaler Minderheiten (Karakalpakern, Russen, Tadschiken, Kasachen, Koreaner) vertreten. Der Anteil der letztlich gewählten Frauen liegt allerdings nur bei 16% (24 Abgeordnete).

Vom offiziellen Usbekistan wird betont, dass der Ablauf der Unterhauswahlen nationalen Gesetzen und internationalen Standards entsprach. Das internationale Urteil ist nicht so eindeutig. Die Wahlen wurden von über 300 Beobachtern von fünf internationalen Organisationen, OSZE/ODIHR, GUS, SCO, OIC, A-WEB (Association of World Election Bodies), beobachtet, die, wie nicht anders zu erwarten, zu recht unterschiedlichen Bewertungen kamen. Die meisten konzentrierten sich, wie das offizielle Usbekistan, auf den technischen Ablauf der Abstimmung und kamen damit zu einem positiven Urteil. OSZE/ODIHR war, wie bislang immer, nur mit einer kleinen Mission vertreten. In ersten Stellungnahmen bescheinigt auch sie Usbekistan trotz einiger technischer Mängel, wie z. B. mehrfacher Stimmabgabe oder dem Fehlen eines zentralen Wählerregisters, insgesamt eine den Gesetzen entsprechende, gut organisierte Wahl. Die Bemühungen der Zentralen Wahlkommission um Transparenz werden eigens hervorgehoben. Aber es wird auch ganz grundsätzlich Kritik geübt, wenn Verstöße gegen die Kopenhagener Dokumente in den der Wahl zugrunde liegenden gesetzlichen Bestimmungen konstatiert werden. Vor allem kann eine Wahl ohne Meinungs- und Vereinigungsfreiheit nie frei und fair sein.

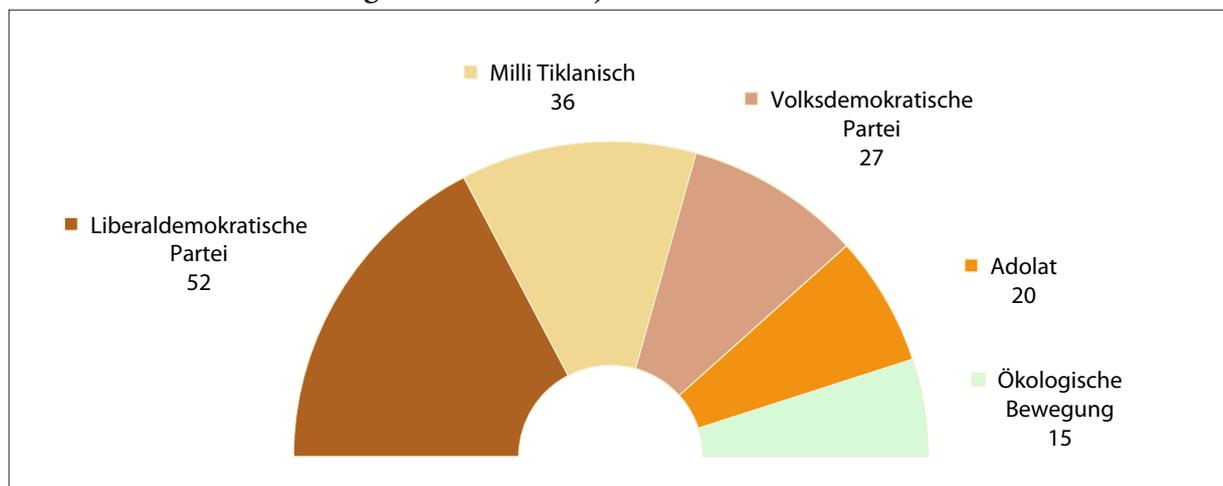
Die staatliche usbekische Darstellung macht deutlich, dass der Sinn von Wahlen bzw. Volksvertretungen ganz anders interpretiert wird als bei uns. Schon bei der Ausrichtung der zugelassenen Parteien geht es nicht um programmatische Unterschiede und politische Standpunkte, sondern um die sozialen Schichten der Bevölkerung. Und bei Bekanntgabe und Interpretation des Ergebnisses wurde entsprechend nicht gezeigt, dass das neue Parlament ein Abbild der *Meinung* der Bevölkerung ist, sondern ein Abbild ihrer *Zusammensetzung* – und dieses Ziel legitimiert offenbar auch Eingriffe in das Wahlgesehen!

Das neue Unterhaus hat sich am 12. Januar 2015 konstituiert. Einer Verfassungsänderung von 2011 entsprechend hat erstmals nicht der Präsident, sondern die stärkste Partei, die Liberaldemokraten, den neuen Premier nominiert. Die Wiederwahl des bisherigen Regierungschefs Schawkat Mirsijojew durch das Parlament am 23. Januar war ebenfalls eine Premiere. Am 13. und 14. Januar wurden in den Gebietsvertretungen 84 neue Senatoren gewählt, 16 wurden am 20. Januar vom Präsidenten ernannt. Die erste Sitzung fand am 22. Januar statt. Damit hat Usbekistan wieder ein komplettes Parlament. Präsident Karimow hat seine Mitglieder zu mehr Aktivität und lebhafteren Debatten aufgefordert und ihnen die Volksvertretungen der westlichen Staaten als Beispiel genannt.

Der Termin für die nächsten Wahlen steht bereits fest. Am 29. März 2015 wird ein neuer (alter?) Präsident gewählt, der 77jährige Amtsinhaber Islam Karimow wurde von der Liberaldemokratischen Partei bereits nominiert ...

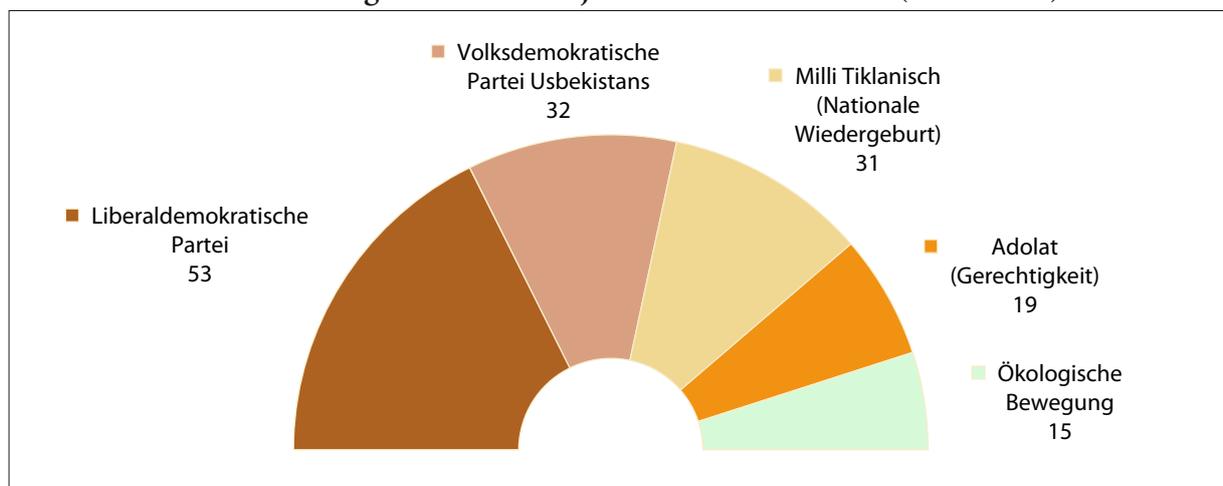
Beate Eschment

Grafik 1: Sitzverteilung in der neuen Olij Madschlis Usbekistans



Quelle: <<http://elections.uz/en/>>

Grafik 2: Sitzverteilung in der alten Olij Madschlis Usbekistans (2009–2014)



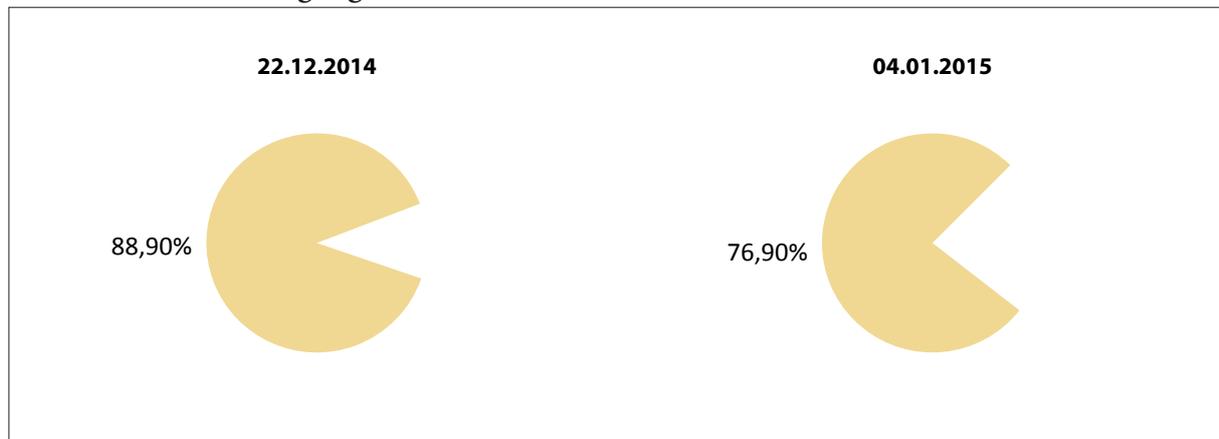
Quelle: <<http://uza.uz/ru/politics/9055/>> 12.1.2010

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen in Usbekistan am 22.12.2014 / 4.1.2015

Sitzverteilung nach Parteien	22.12.2014	04.01.2015	Gesamt
Liberaldemokratische Partei	47	5	52
Milli Tiklanisch	28	8	36
Volksdemokratische Partei	21	6	27
Adolat	17	3	20
Summe			135 (plus 15 von der Ökologischen Bewegung gewählte) = 150
Wahlbeteiligung	88,90 %	76,90 %	

Quelle: <<http://elections.uz/en/>>

Grafik 3: Wahlbeteiligung



Quelle: <<http://elections.uz/en/>>

CHRONIK

13. Dezember 2014 – 30. Januar 2015

Kasachstan

14.12.2014	Premier Karim Massimow erklärt nach einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Keqiang in Astana, bei dem Wirtschaftsabkommen mit einem Volumen von 14 Mrd. US-Dollar unterzeichnet wurden, dass sich Kasachstan und China auf eine gemeinsame Linie in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geeinigt hätten.
14.12.2014	Der Bürgermeister von Astana und bisherige Chef des nationalen Fußballverbands, Adilbek Dschaksybekow, kündigt an, dass sich Kasachstan für die Austragung der Fußball-WM 2026 bewerben werde.
15.12.2014	Am Rande eines Treffen der Premiers der SCO-Mitgliedsstaaten in Astana kündigt der chinesische Premier Li u. a. an, dass Dutzende chinesischer Firmen außerhalb des Rohstoffsektors in Kasachstan und später auch in anderen SCO-Staaten angesiedelt werden sollen.
15.12.2014	Präsident Nursultan Nasarbajew erklärt in einer Rede anlässlich des Unabhängigkeitstages, dass in den kommenden Jahren staatliche Sozialleistungen nicht gekürzt, aber auch wahrscheinlich nicht erhöht werden.
15.12.2014	Nationalbankchef Kairat Kelimbetow und sein chinesischer Amtskollege Zhou Xiaochuan unterzeichnen einen Vertrag, der die Abwicklung von Finanzgeschäften im jeweils anderen Land in der eigenen Währung erlaubt.
15.12.2014	Ein Gericht in Astana verurteilt einen Mann wegen seiner Beteiligung an den Kämpfen in der Ostukraine auf Seiten der Separatisten zu einer Haftstrafe von fünf Jahren.
16.12.2014	Die unabhängige Zeitung Uralskaja Nedelja berichtet, dass sich unter den für den IS kämpfenden Männern aus dem Gebiet Westkasachstan u. a. auch ehemalige Behördenvertreter befinden sollen.
17.12.2014	Premier Massimow empfängt den turkmenischen Vize-Premier, Satlyk Satlykow, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
18.12.2014	Finanzminister Bachyt Sultanow, drückt in einem Interview mit Tengrinews seine Hoffnung aus, den kasachstanischen Tenge trotz der Kursschwankungen des Rubels stabil halten zu können.
19.12.2014	Der Enkel von Präsident Nasarbajew (und Sohn seines umstrittenen Ex-Schwiegersohns Rachat Alijew), Nurali Nasarbajew, wird zum stellvertretenden Bürgermeister von Astana ernannt.
19.12.2014	Ein Berufungsgericht in Almaty weist die Revision des Gerichtsurteils gegen die Urheber des Werbeplakats für den Gay Club Studio 69, das den russischen Dichter Alexandr Puschkin und den kasachischen Komponisten Kurmangasy einander küssend darstellt, zurück.
20.12.2014	Wirtschaftsministerin Madina Abylkasymowa erklärt während einer Pressekonferenz in Astana, dass ihr Ministerium derzeit Planungen auf der Basis von einem bis auf 40 US-Dollar sinkenden Preis für ein Barrel Erdöl vornehme.
20.12.2014	In der Kasachstanskaja Prawda wird eine Rentenerhöhung von 9% ab dem 1.1.2015 bekannt gegeben.
21.12.2014	Präsident Nasarbajew bezeichnet bei einem Treffen mit Journalisten in Astana Vergleiche zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der UdSSR als »Blödsinn« und ruft die Bürger angesichts der Rubelkrise zur Ruhe auf.
22.12.2014	Präsident Nasarbajew trifft während eines Arbeitsbesuchs in Kiew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko und Premier Arsenij Jazenjuk zusammen. Dabei erklärt Nasarbajew seine Bereitschaft, als Vermittler im Konflikt in der Ostukraine aufzutreten.
22.12.2014	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Nurlan Jermekbajew, trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen, Nikolaj Patruschew, zu Gesprächen über die regionale Lage zusammen.
23.12.2014	Präsident Nasarbajew erörtert im Vorfeld eines CSTO-Treffens in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Ergebnisse seines Ukraine-Besuchs.
24.12.2014	Der Chef des Komitees für Religionsangelegenheiten des Kulturministeriums, Galym Schojkin, gibt bekannt, dass nach einer Überprüfung 244 Websites religiösen Inhalts zur Blockierung in Kasachstan empfohlen wurden.
26.12.2014	Außenminister Jerlan Idrissow erklärt auf einer Pressekonferenz in Astana, dass mit einer baldigen Aufhebung der Visapflicht für kasachstanische Bürger für Reisen in die USA und in die EU nicht zu rechnen sei.
29.12.2014	Eine neue Schnellzugverbindung zwischen Astana und der Stadt Kysylorda wird aufgenommen.
29.12.2014	Der Präsident der Autonomen Republik Tatarstan der RF, Rustam Minnichanow, trifft in Astana mit Verteidigungsminister Imamgali Tasmagambetow zusammen.
29.12.2014	Präsident Nasarbajew unterzeichnet das Dekret über die Ratifizierung einer Anti-Korruptionsstrategie für die Jahre 2015–25.
29.12.2014	Die russische Lebensmittelkontrollbehörde hebt ein Einfuhrverbot für Fleisch und Fleischprodukte aus einer Reihe kasachstanischer Gebiete, die von der Maul- und Klauenseuche betroffen waren, zum Jahreswechsel auf.

29.12.2014	Es wird bekannt, dass der Oppositionelle und Mitbegründer der Partei Alga (Vorwärts), Muratbek Ketebajew, am 27.12. auf einen von Kasachstan initiierten Interpol-Haftbefehl hin in einem Hotel in Madrid festgenommen wurde. Ihm droht eine Auslieferung nach Kasachstan.
31.12.2014	RFE/RL meldet, dass fünf Guantanamo-Häftlinge, drei Jemeniten und zwei Tunesier, von den USA nach Kasachstan überstellt wurden. Die Männer waren mehr als ein Jahrzehnt auf Kuba inhaftiert, nachdem sie in Pakistan vom US-amerikanischen Geheimdienst festgenommen worden waren. Der Terrorismus-Vorwurf gegen sie musste aus Mangel an Beweisen fallen gelassen werden.
2.1.2015	Die estnische Botschaft in Astana fungiert ab diesem Jahr und bis zum 31.12.2016 als NATO-Kontaktstelle für die kasachstanische Regierung.
5.1.2015	Das Komitee für Statistik gibt bekannt, dass die Inflationsrate im Jahr 2014 bei 7,4 % lag, das BIP sei um 4,3 % gewachsen.
6.1.2015	In den vergangenen zwei Wochen sind nach Medienberichten erneut rund 40 Bewohner des Dorfes Kalatschi (Gebiet Akmola) von der mysteriösen »Schlafkrankheit«, plötzlich auftretenden starken Schwächesymptomen, befallen worden; vier von ihnen wurden zur näheren Untersuchung nach Astana gebracht.
7.1.2015	Japanischen Medienberichten zufolge wird Kasachstan für das geplante Kernkraftwerk in Kurtschatow (Gebiet Ostkasachstan) einen Reaktor von Toshiba kaufen.
7.1.2015	Das kasachstanische Olympische Komitee reicht offiziell die Bewerbung Almatys für die Winterspiele 2022 ein, das damit gegen Beijing antritt. Eine Entscheidung wird für Juli 2015 erwartet.
8.1.2015	Die Arbeiter am Offshore-Ölfeld Kalamkas, 150 km vor der Küste der Halbinsel Mangyschlak, treten in den Ausstand, über die Gründe wird zunächst nichts bekannt.
9.1.2015	Nach Angaben aus Bundeskanzleramt und Außenministerium wird Präsident Nasarbajew heute in Berlin Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier über das für Mitte des Monats in Astana geplante Treffen auf höchster Ebene zur Ukraine-Krise führen.
9.1.2015	Der Hausarrest von Ex-Premier Serik Achmetow wird bis zum 18.2. verlängert. Derweil kursieren in sozialen Netzwerken Gerüchte über einen Suizidversuch Achmetows, die jedoch von offizieller Seite dementiert werden.
9.1.2015	Die kasachstanisch-spanische Koproduktion »Die Vergessenen von Karaganda« (Los olvidados de Karaganda) gewinnt bei den California Film Awards den Preis für den besten Dokumentarfilm.
12.1.2015	Der Chef des Nationalen Gesundheitszentrums in Astana, Abai Baigenschin, führt das Problem der »Schlafkrankheit« bei den untersuchten Patienten aus Kalatschi auf eine ganze Reihe von individuellen Gesundheitsproblemen, z. B. Anämie oder Diabetes, zurück.
13.1.2015	Die Untersuchungshaft des bereits im Herbst 2014 wegen Korruptionsvorwürfen verhafteten ehemaligen Gouverneurs des Gebiets Karaganda, Baurtschan Abdischew, wird bis zum 23.2. verlängert.
13.1.2015	Nach einer Bombendrohung gegen die Stadtverwaltung von Almaty werden mehrere Gebäude vorsorglich evakuiert. Der vermutliche Drahtzieher wird von der Polizei festgenommen, über seine Motive wird zunächst nichts bekannt.
14.1.2015	Ein Sprecher des Gouverneurs des Gebiets Akmola gibt in Kokschetau bekannt, dass erste von der Schlafkrankheit betroffene Familien aus dem Dorf Kalatschi umgesiedelt werden.
15.1.2015	Die für heute in Astana geplanten internationalen Gespräche über den Ukraine-Konflikt werden verschoben, heißt es aus der Presseabteilung der Präsidialverwaltung.
15.1.2015	Im Gebiet Almaty deckt die Polizei eine Gruppe auf, die Mädchen in Bordelle im Ausland geschmuggelt haben soll. Zwei Männer werden festgenommen, nach einer dritten Person wird gefahndet.
16.1.2015	Wirtschaftsminister Jربولat Dosajew kündigt eine Revision des Staatshaushalts für die Jahre 2015–17 an, die mit einem deutlich gesunkenen Ölpreis von 50 US-Dollar je Barrel kalkuliert.
16.1.2015	Das Komitee für Statistik gibt bekannt, dass die Bevölkerungszahl in den ersten elf Monaten des Jahres 2014 um 236.000 auf 17,4 Mio. gestiegen ist.
16.1.2015	Nach Angaben aus dem Ministerium für Gesundheit und soziale Entwicklung hat die Zahl von aus dem Ausland nach Kasachstan eingewanderten Kasachen (Oralman) seit der Unabhängigkeit rund 1 Mio. erreicht, demnach sind 5,5 % der Bevölkerung dieser Gruppe zuzuordnen.
16.1.2015	Der am 27.12.2014 in Madrid festgenommene Oppositionelle Ketebajew wird auf freien Fuß gesetzt. Er darf jedoch das Land nicht verlassen.
19.1.2015	Die Untersuchungshaft des seit Herbst 2014 wegen Korruptionsvorwürfen einsitzenden ehemaligen Bürgermeisters der Stadt Karaganda, Meiram Smagulow, wird bis zum 1.3. verlängert.
19.1.2015	Die Redakteurin des von den Behörden geschlossenen oppositionellen Magazins Adam Bol (Sei Mensch), Gultschan Jergalijewa, tritt aus Protest in den Hungerstreik.

20.1.2015	Aufgrund der wegen des niedrigen Ölpreises angespannten Haushaltslage erklärt Präsident Nasarbajew einen Baustopp für einige wichtige Investitionsprojekte. Projekte im Rahmen des neuen Staatsprogramms ‚Nurly Schol‘ sind nicht darunter.
20.1.2015	Beim Absturz eines Kleinflugzeugs der Gesellschaft Olimp Air im Gebiet Schambyl sterben drei Piloten und drei Arbeiter einer Kupfermine des Staatskonzerns Kazakhmys, eine Frau überlebt das Unglück.
21.1.2015	Aufgrund von starken Schneeverwehungen ist in vier nördlichen Gebieten des Landes der Verkehr auf Überlandstraßen stark eingeschränkt.
21.1.2015	Zum wiederholten Male kommt es im Dorf Beresowka (Gebiet Westkasachstan) zu zahlreichen Fällen von plötzlichen akuten Schwächesymptomen bei Schulkindern. Eine von den Bewohnern vermutete Verbindung zum nahe gelegenen Gasfeld konnte bisher nicht nachgewiesen werden.
21.1.2015	Der stellvertretende Wirtschaftsminister Timur Schaksylykow kündigt für die erste Jahreshälfte 2015 Verhandlungen über eine Freihandelszone mit Vietnam und mit den EFTA-Staaten an.
22.1.2015	Premier Massimow trifft am Rande des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos u. a. mit seinen chinesischen und türkischen Amtskollegen, Keqiang und Ahmet Davetoglu, sowie dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen. Zudem unterzeichnet Massimow ein MoU mit der OECD über ein neues bilaterales Länderprogramm, mit dem die Reformierung staatlicher Institutionen unterstützt werden soll.
22.1.2015	Laut Mitteilung des Pressedienstes des Präsidenten hat Präsident Nasarbajew in einem Telefongespräch mit seinem amerikanischen Amtskollegen Barack Obama eine aktivere Beteiligung der USA an der Lösung des Konfliktes in der Ostukraine gefordert und auf die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf Zentralasien hingewiesen.
22.1.2015	Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Maina Kiai, wird im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Astana von Außenminister Idrissow empfangen. Kiai fordert bei einer öffentlichen Anhörung u. a. eine unabhängige Aufklärung der Vorgänge in Schanaosen vor mehr als drei Jahren und kritisiert Einschränkungen der Versammlungsfreiheit.
22.1.2015	Die Wiener Zeitung meldet, dass der Prozess gegen Präsident Nasarbajews Ex-Schwiegersohn, Rachat Alijew, wegen einer Beschwerde seines Mitangeklagten, Alnur Musajew, voraussichtlich nicht wie geplant Ende März/Anfang April 2015 beginnen werde. Alijew steht wegen der mutmaßlichen Beteiligung an der Ermordung zweier Bankmanager in Kasachstan im Februar 2007 vor Gericht.
23.1.2015	Interfax-Kazakhstan meldet unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft, dass im vergangenen Jahr 100.000 Websites auf extremistischen Inhalt überprüft und daraufhin mehr als 700 gesperrt wurden.
23.1.2015	Parlamentssprecher Kabibulla Schakupow empfängt eine Delegation des EU-Parlaments unter Leitung der für die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten verantwortlichen Abgeordneten, Iveta Grigule, zu Gesprächen.
24.1.2015	In Almaty findet eine Demonstration von rund 30 Personen zur Unterstützung der von den Behörden geschlossenen Zeitschrift Adam Bol statt.
26.1.2015	Kasachstan hat nach Angaben von Energieminister Wladimir Schkolnik im vergangenen Jahr rund 644 Mrd. kWh Strom importiert, aber nur 2 Mrd. kWh exportiert. Der Anteil der Produktion aus regenerativen Energiequellen soll von geplanten 3 % im Jahr 2020 auf 50 % im Jahr 2050 steigen. Schkolnik äußert zudem die Befürchtung, dass die Importe günstigen Benzins aus Russland zur Schließung der beiden kasachstanischen Raffinerien (in Pawlodar und Schymkent) führen könnten.
27.1.2015	Der Vorsitzende der Nationalen Sozialdemokratischen Partei (NSDP), Scharmachan Tujakbai, kündigt eine Aktivierung und Modernisierung der nach seiner Ansicht »einzigen verbleibenden oppositionellen Bewegung des Landes« an.
27.1.2015	Der stellvertretende Minister für Investitionen und Entwicklung, Albert Rau, gibt die Verlängerung des Exportstopps für Gold bis Ende 2015 bekannt.
27.1.2015	Das Joint-Venture TengizChevroil hat nach Angaben von Kazinform seit 1993 mehr als 930 Mio. US-Dollar für soziale Projekte im Gebiet Atyrau ausgegeben.
27.1.2015	Tengrinews gibt bekannt, dass für die Feierlichkeiten anlässlich des 550-jährigen Jubiläums der Gründung des Kasachischen Khanats unter Schanibek und Kerej 22,8 Mrd. Tenge (121,9 Mio. US-Dollar) bereitgestellt werden.
28.1.2015	AkiPress meldet unter Berufung auf informierte Kreise, dass die Nationalbank derzeit Milliarden von US-Dollar an Währungsressourcen für die Stabilisierung des Tenge gegenüber dem russischen Rubel einsetzt. Eine graduelle Devaluation der nationalen Währung sei dabei das Ziel.
28.1.2015	Es wird bekannt, dass der deutsch-kasachstanische Schriftsteller Gerold Belger nach einem Herzinfarkt im kritischen Zustand in einer Klinik in Almaty liegt.

28.1.2015	Premier Massimow bespricht in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew Fragen der bi- und multilateralen (im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion) Zusammenarbeit.
28.1.2015	In Astana findet das erste Treffen einer Kommission für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und der Autonomen Republik Tatarstan der RF statt.
29.1.2015	Eine Delegation des Parlaments unter Leitung seiner Vize-Sprecherin und Tochter von Präsident Nasarbajew, Dariga Nasarbajewa, trifft in Berlin zu Gesprächen, u. a. mit Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer, über die angespannte Lage in der Ukraine ein.
29.1.2015	Eine Frau wird von einem Gericht in der Stadt Aktau (Gebiet Mangystau) zu einer vierjährigen Haftstrafe wegen Anstiftung zum Terrorismus mithilfe von Whatsapp verurteilt.
30.1.2015	Kultur- und Sportminister Arystanbek Muchameduly erklärt, dass die Latinisierung der Schreibweise des Kasachischen erst 2025 beginnen werde. Bisher hatten Regierungsvertreter eine baldige Umstellung angekündigt.

Kirgistan

17.12.2014	Außenminister Jerlan Abdyldajew trifft zu einem zweitägigen Besuch in Lettland ein, wo er von seinem Amtskollegen Edgars Rinkēvičs sowie Präsident Andris Bērziņš empfangen wird.
18.12.2014	24 kg meldet, dass acht Polizisten aus dem Gebiet Batken wegen Folter angeklagt werden. Sie hatten physischen und psychischen Druck auf einen Verhafteten ausgeübt, um von ihm das Geständnis über die Ermordung einer Frau zu erzwingen.
20.12.2014	In Moskau enden zweitägige Verhandlungen zur Lösung der noch offenen Fragen zwischen Kyrgyzaltn und der kanadischen Centerra über den Vertrag über die Kumtor-Goldmine ohne durchschlagenden Erfolg. Aus Regierungskreisen war zuvor verlautet, dass es noch grundlegende Differenzen vor allem bezüglich der Umweltschäden und des Leasings von Fördertechnik gebe.
23.12.2014	Auf einer Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates in Moskau, an der die Präsidenten der drei Mitgliedsstaaten sowie Armeniens und Kirgistans teilnehmen, wird u. a. das Dokument über den Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnet. Es muss nun noch von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.
23.12.2014	Der Chef des Generalstabs, Asanbek Alymkodschojew, trifft in Moskau mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu zusammen, der ihm die Lieferung moderner russischer Waffen noch vor der großen Parade anlässlich des 60. Jahrestages des Sieges am 9. Mai 2015 in Bischkek zusagt.
27.12.2014	Auf seiner Pressekonferenz zum Jahresende bezeichnet Präsident Almasbek Atambajew die Kumtor-Goldmine als wichtigsten Reichtum Kirgistans und fordert vom Parlament machbare Lösungsvorschläge, nicht Populismus.
29.12.2014	Bei einem Überfall auf die VIP-Lounge des Flughafens von Osch erbeuten mehrere bewaffnete Männer fünf Taschen mit insgesamt 5,7 Mio. US-Dollar Inhalt und entführen den Besitzer.
29.12.2014	Präsident Atambajew empfängt Yang Jiechi, Staatsrat und Mitglied des chinesischen Volkskongresses, der als Sondergesandter des chinesischen Präsidenten Xi Jinping nach Kirgistan gekommen ist.
30.12.2014	Der Süden Kirgistans, der seit Ende April 2014 ohne Gasversorgung war, wird – bereits zwei Tage vor dem im Vertrag zwischen Gazprom Schweiz und Uztranzgaz fixierten Lieferbeginn – wieder mit Gas versorgt.
1.1.2015	Mehrere Ergänzungen der Steuergesetzgebung treten in Kraft, durch die die Einnahmen der Städte erhöht und die Steuerverwaltung verbessert werden sollen.
2.1.2015	Hacker platzieren auf der offiziellen Website des Muftiats einen Aufruf zur Befreiung Syriens und Palästinas.
5.1.2015	Der in einem umstrittenen Urteil wegen Organisation der Ereignisse von Osch 2010 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilte Asimschan Askarow hat sich laut Meldung von Ferganews.com vor einigen Tagen mit einem offenen Brief gemeldet, in dem er Gerechtigkeit für sich fordert und bittet, ihn zum Beweis seiner Unschuld an einen Lügendetektor anzuschließen.
5.1.2015	Präsident Atambajew erörtert mit Finanzministerin Olga Lawrowa den Staatshaushalt für 2015 und die weitere Finanzplanung.
7.1.2015	RFE/RL meldet, dass Mitglieder der kirgisisch-tadschikischen Grenzkommission derzeit in Moskauer Archiven Dokumente zur Delimitierung der gemeinsamen Grenze einsehen.
8.1.2015	Mehrere Geschäftsbanken verkaufen nicht mehr als 1.000 US-Dollar pro Tag an Privatpersonen.
8.1.2015	Ca. 50 Personen demonstrieren vor dem Gebäude des Komitees für Staatssicherheit in Osch für die Einstellung der strafrechtlichen Verfahrens gegen den ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Melis Myrsakmatow. Der örtliche Chef des Komitees spricht mit ihnen, verweigert aber die Annahme eines offenen Briefes an Präsident Atambajew.

9.1.2015	Das nationale Institut für strategische Studien schätzt, dass der Anteil der Schattenwirtschaft am nichtstaatlichen Sektor der einheimischen Wirtschaft bei knapp 40 % des BIP liegt.
9.1.2015	Der Vorsitzende der staatlichen Agentur für Regulierung des Brennstoff- und Energiekomplexes, Nurbek Elebajew, gibt auf einer Pressekonferenz Preissenkungen um knapp 2 Som pro kWh ab 1.2. bekannt.
10.1.2015	Das Innenministerium verurteilt Bemerkungen eines Vertreters der geistlichen Verwaltung der Muslime Kirgistans, der den Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo in Paris mit der dramatischen Lage der Muslime entschuldigt und die internationale Reaktion als übertrieben bezeichnet hatte.
10.1.2015	Nach Angaben des nationalen Komitees für Staatssicherheit wurden 2014 sieben Gruppen mit insgesamt 36 Mitgliedern wegen des Verdachts der Vorbereitung terroristischer Anschläge verhaftet.
12.1.2015	KyrTag meldet die Festnahme eines jungen Mannes, der 60 Kirgisen in den syrischen Bürgerkrieg vermittelt haben soll, durch das nationale Komitee für Staatssicherheit.
12.1.2015	Präsident Atambajew unterzeichnet das Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkohol und Tabak, mit dem Verkäufer zu einer Altersüberprüfung verpflichtet und Werbung in Fernsehen und Rundfunk verboten werden.
13.1.2015	Nach Angaben des Vorsitzenden der Nationalbank, Tolkunbek Abdygulow, vor dem zuständigen Parlamentskomitee hat sein Institut Devisenrücklagen in Höhe von 1.943 Mrd. US-Dollar, die zu einer eventuell notwendigen Stützung des Som ausreichen.
13.1.2015	Nach Angaben der Nationalbank hat es am 30.9.2014 in Kirgistan 24 Geschäftsbanken gegeben, 16 davon mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Bei zehn Instituten lag der Anteil des Auslandskapitals bei über 50 %.
13.1.2015	Der Historienfilm des kirgisischen Regisseurs Sadyk Scher-Nyaz »Kurmanjan Datka: The Queen of Mountains« wurde auf die Liste der Best of the Best beim Internationalen Filmfestival in Palm Springs gesetzt.
14.1.2015	In Talas demonstrieren ca. 200 Menschen friedlich gegen die Erhöhung der Strompreise.
15.1.2015	Die Nationalbank stützt den Kurs des Som mit 36,5 Mio. US-Dollar. Das Institut kündigt zudem Maßnahmen zur Schließung von Wechselstuben an.
15.1.2015	In der Nacht bleiben wegen eines Schneesturms auf dem Tjo-Aschuu-Pass auf der Überlandstraße von Bischkek nach Osch ca. 300 Autos stecken.
15.1.2015	Der seit dem 27.11.2014 wegen Amtsmissbrauch gesuchte ehemalige Bürgermeister von Osch, Myrsakmatow, wendet sich mit einer Videobotschaft an die Bevölkerung, in der er seine Unschuld erklärt und diverse Beamte der Korruption beschuldigt, er werde aus politischen Gründen verfolgt.
15.1.2015	Nach Angaben des nationalen statistischen Komitees ist das BIP Kirgistans 2014 um 3,4 % auf 397 Mrd. Som (6,7 Mrd. US-Dollar) gestiegen. Der Wert der Exporte lag in den ersten 11 Monaten 2014 bei knapp 1,5 Mrd. US-Dollar, der der Importe bei 5 Mrd. US-Dollar. Die negative Handelsbilanz ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 245 Mio. US-Dollar gesunken.
19.1.2015	Ermittlungen ergeben, dass der bewaffnete Überfall auf den Grenzpunkt Ajkol an der Grenze zu Tadschikistan im Bezirk Leylek (Gebiet Batken), bei dem am 16.1. ein Grenzer ums Leben kam und zwei verletzt wurden, von einem dort seinen Wehrdienst leistenden Mann initiiert wurde.
19.1.2015	Nahe der Grenze zu Usbekistan im Bezirk Ala-Buka (Gebiet Dschalalabad) wird ein usbekischer Jäger, der mit zwei Begleitern illegal die Grenze überschritten und auf Aufforderung nicht die Waffen niedergelegt, sondern im Gegenteil geschossen hatte, von kirgisischen Grenzern angeschossen. Alle drei werden festgenommen und später Usbekistan übergeben. Nach Darstellung der usbekischen Seite, befanden sich die Jäger auf usbekischem Staatsgebiet.
19.1.2015	Generalstaatsanwältin Aida Saljanowa erklärt ihren Rücktritt.
20.1.2015	In Bischkek findet eine friedliche Demonstration von ca. 300 Muslimen gegen die Mohammed-Darstellungen in dem französischen Satiremagazin Charlie Hebdo statt.
20.1.2015	Das Programm der Regierung für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten drei Jahren setzt auf Investitionen und die Entwicklung der Energieprojekte, erklärt Premier Dschoormat Otorbajew auf einer Pressekonferenz. Er kündigt auch den Beginn von Gesprächen über den Bau einer Eisenbahnlinie von China durch Kirgistan nach Usbekistan an.
20.1.2015	Kadyr Malikow, Direktor eines in Bischkek beheimateten Think Tanks, warnt vor der Presse vor einer Untereinheit von IS mit Namen Mawarannahr (arab. Bezeichnung für die Region zwischen Amu und Syr Darja – Anm. d. Redaktion), die mit 70 Mio. US-Dollar ausgestattet sei und Zentralasien destabilisieren solle.
21.1.2015	Das Wirtschaftsministerium lehnt die von der Nationalbank angestrebte Schließung aller Wechselstuben strikt ab.

21.1.2015	Die Zentrale Wahlkommission entzieht Nariman Tjulejew von der Ata-Dschurt-Partei den Abgeordnetenstatus. Tjulejew war 2013 wegen Amtsmissbrauch in seiner Zeit als Bürgermeister von Bischkek zu einer elfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, die im Dezember 2014 von einem Berufungsgericht bestätigt wurde.
24.1.2015	Mehr als 1.000 Menschen demonstrieren in Osch gegen die Mohammed-Karikaturen des französischen Satiremagazins Charlie Hebdo.
26.1.2015	Die ADB bewilligt 22 Mio. US-Dollar zur Unterstützung der Bemühungen der Regierung um eine Verbesserung des Bildungssystems.
26.1.2015	Vize-Premier Abdyrachman Mamatalijew gibt vor der Presse bekannt, dass sich nach neuesten Zahlen mehr als 200 Staatsbürger Kirgistans in Syrien aufhalten, darunter auch Frauen. Bislang seien 30 Kirgisen gefallen.
26.1.2015	Die erst 35-jährige Indira Dscholdubajewa wird neue Generalstaatsanwältin Kirgistans.
26.1.2015	Die Nationalbank stützt den Som im internationalen Devisengeschäft mit 4,4 Mio. US-Dollar, seit Jahresbeginn hat sie bereits 64,7 Mio. US-Dollar dafür verwendet.
26.1.2015	Der Chef des staatlichen Grenzdienstes, Raimberdi Duischenbijew, kündigt eine Verstärkung des Schutzes der Grenzen mit Tadschikistan und Usbekistan an.
27.1.2015	Präsident Atambajew empfängt in der Staatsresidenz in Ala-Artscha seinen mongolischen Amtskollegen Tsahia-gijn Elbegdorj zu Gesprächen über die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen.
27.1.2015	Kubanitschbek Turdubajew, Minister für Industrie und Energie, teilt mit, dass Kasachstan im Frühjahr 400 Mio. kWh Strom nach Kirgistan liefern werde, da es im Winter weniger als ursprünglich vereinbart bereitstellen konnte.
27.1.2015	Premier Otorbajew spricht sich für eine härtere Bestrafung, bis hin zur Todesstrafe, für Gewalt gegen Kinder aus.
29.1.2015	Vize-Premier Mamatalijew empfängt den Exekutivdirektor für Europa und Zentralasien von Human Rights Watch (HRW), Hugh Williamson, zu Gesprächen über den Stand der Menschenrechte in Kirgistan.
30.1.2015	Gazprom-Chef Aleksej Miller erklärt auf einer außerordentlichen Regierungssitzung, dass sein Unternehmen 45,5 Mrd. Som (758 Mio. US-Dollar) in die Verbesserung der Gasversorgung Kirgistans zu investieren beabsichtige.

Tadschikistan

13.12.2014	Die regierende Volksdemokratische Partei Tadschikistans nominiert auf ihrem Wahlparteitag in Duschanbe die Kandidaten für die Parlamentswahl am 1.3.2015. Außerdem wird Saidmurod Fattojew zum neuen ersten stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.
15.12.2014	Präsident Emomali Rahmon erörtert in Duschanbe mit CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha sicherheitspolitische Fragen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen des Sicherheitsrates der Organisation in Moskau.
16.12.2014	Die oppositionelle Partei der Islamischen Wiedergeburt nominiert auf einem Wahlparteitag 28 Kandidaten.
17.12.2014	Der erste stellvertretende Premier, Davlatoli Said, und der World Bank Regional Director for Central Asia, Saroj Kumar Jha, erörtern Fragen der weiteren Zusammenarbeit und Möglichkeiten, die Folgen der globalen Finanzkrise für Tadschikistan abzumildern.
18.12.2014	Ein Gericht in Chudschand verurteilt elf Bewohner des Gebiets Sogd wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) zu Freiheitsstrafen zwischen neun und 19 Jahren.
20.12.2014	FergananeWS.com meldet, dass der Führer der oppositionellen Bewegung Gruppe 24, Umarali Kuwatow, am Vortag in Istanbul verhaftet wurde. Kuwatow wird in Tadschikistan wegen Steuervergehen gesucht, er hatte in Istanbul um Anerkennung als politischer Flüchtling nachgesucht.
23.12.2014	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass afghanische Taliban für die Freilassung von vier am Vortag an der Grenze zu Afghanistan entführte tadschikische Grenzer die Freilassung von zwei in tadschikischen Gefängnissen sitzenden Gesinnungsgenossen fordern.
25.12.2014	Ein Moskauer Gebietsgericht verurteilt den tadschikischen Staatsbürger Murad Magamedow und den Turkmenen Ferus Nasarow zu 12 bzw. 9,5 Jahren Lagerhaft plus hohen Geldstrafen wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf den Supermarkt Aschan im Moskauer Bezirk Altufewo. Die beiden waren im November 2012 verhaftet worden und sind geständig.
5.1.2015	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret über das Programm der Justizreform 2015–2017.
6.1.2015	RFE/RL meldet, dass im Internet ein Video aufgetaucht ist, in dem tadschikische IS-Kämpfer im Irak berichten, dass sie die IS-Führung vergeblich um Erlaubnis für den Kampf gegen die Ungläubigen in Tadschikistan gebeten haben.
6.1.2015	Bei einem Treffen mit Vertretern der Polizei des Gebiets Sogd fordert Innenminister Ramason Rahimsoda eine Intensivierung des Kampfes gegen den Terror.

7.1.2015	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf den Vorsitzenden des Staatskomitees für Religionsangelegenheiten, Abdurahim Cholikow, dass derzeit 158 Tadschiken illegal an ausländischen, vor allem pakistanischen und iranischen Medressen studieren würden. 2010 hatte die Regierung alle an ausländischen islamischen Lehranstalten studierenden jungen Leute zur Rückkehr aufgefordert.
7.1.2015	Das Arbeitsministerium lädt aus Russland ausgewiesene Arbeitsmigranten ein, auf der Baustelle für das Wasserkraftwerk Rogun zu arbeiten.
9.1.2015	Der Vorsitzende des staatlichen Komitees für Fernsehen und Rundfunk, Asadullo Rahmon, beklagt auf einer Pressekonzferenz das geringe Niveau des tadschikischen Journalismus.
9.1.2015	Rustam Nasarsoda, Direktor der staatlichen Drogenkontrollagentur, empfängt eine pakistanische Militärdelegation unter General Farrukh Ahmed und informiert über den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel.
10.1.2015	Nach Angaben der Nationalbank hat die Nationalwährung Somoni 2014 gegenüber dem US-Dollar um 11 % an Wert verloren. Ein Sprecher der Bank dementiert zugleich eine Verwicklung in den aktuellen iranischen Finanzskandal um Babak Zanjani.
10.1.2015	Eurasianet.org berichtet, dass die zehn türkischen Gülen-Schulen des Landes derzeit überprüft werden und Zweifel an ihrer weiteren Zulassung bestehen.
12.1.2015	Asia-Plus meldet, dass das Oberste Gericht bereits am 8.12.2014 die Salafisten zur extremistischen Organisation erklärt hat, damit können Mitglieder zu Freiheitsstrafen von bis zu 12 Jahren verurteilt werden. Bislang war die Bewegung nur verboten.
12.1.2015	Asia-Plus meldet einen Vertragsabschluss zwischen dem Staatskomitee für Investitionen und Management von Staatsbesitz und dem türkischen Tochterunternehmen von Coca-Cola, Icecek A.S., über die Errichtung einer Produktionsanlage für Softdrinks.
12.1.2015	Eine im ersten staatlichen Fernsehprogramm übertragene Reportage verurteilt IS für die Verführung junger Menschen für seine »teuflischen Ziele«.
12.1.2015	Der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Husratullo Abdullozoda, teilt vor Journalisten mit, dass 2014 die Zahl von Strafverfahren wegen Extremismus von 25 auf 35 gestiegen ist.
13.1.2015	Der bekannte Menschenrechtsanwalt Suchrat Kudratow wird von einem Gericht in Duschanbe wegen Bestechung und Unterschlagung zu neun Jahren Lagerhaft verurteilt. Das Urteil wird als Warnung an Regierungskritiker interpretiert. Kudratow hatte 2013 den Gründer einer neuen Oppositionspartei, Said Saidow, verteidigt.
14.1.2015	Asia-Plus meldet, dass die Regierung im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel eine Arbeitsgruppe gebildet hat, die die Vor- und Nachteile eines Beitritts Tadschikistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion untersuchen soll.
14.1.2015	Nach Angaben des staatlichen Zolldienstes waren 2014 Erdölprodukte, Aluminium und Weizen die Haupteinfuhrgüter, wichtigster Importeur war Russland mit einem Anteil von 28 %. Exportiert wurden Aluminium, Baumwolle sowie Obst und Gemüse. Wichtigste Empfänger waren die Schweiz (27 %) und die Türkei (26 %). Die Handelsbilanz war negativ.
14.1.2015	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Bildungsministerium alle Schulleiter angewiesen hat, in ihren Lehranstalten das Studium des Buches »Die Tadschiken im Spiegel der Geschichte« von Präsident Rachmon einzuführen.
15.1.2015	Die Ministerin für Arbeit und sozialen Schutz, Sumangul Tagojsoda, teilt auf einer Pressekonzferenz mit, dass 2014 862 tote tadschikische Arbeitsmigranten aus Russland überführt wurden.
15.1.2015	Die tadschikisch-kirgisische Arbeitsgruppe zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenzen kommt in Duschanbe zu einer dreitägigen Sitzung zusammen.
15.1.2015	Nach Angaben des Landesvertreters der ADB, C.C. Yu, wird das Institut seine Unterstützung für Tadschikistan 2015 um 20 Mio. US-Dollar auf insgesamt 79 Mio. US-Dollar erhöhen.
16.1.2015	Innenminister Rahimsoda informiert die Presse, dass der Schutz der Grenze nach Afghanistan nach Berichten über eine Massierung extremistischer Kräfte auf der afghanischen Seite verstärkt wird. Der Kommandierende der afghanischen Grenztruppen bestreitet diese Konzentration.
16.1.2015	Das Innenministerium macht bekannt, dass es bei den türkischen Behörden die Auslieferung des im Dezember in Istanbul verhafteten Führers der oppositionellen Bewegung Gruppe 24, Kuwatow, beantragt hat.
16.1.2015	Das Komitee für Statistik teilt mit, dass 2014 in Tadschikistan Industrieprodukte im Wert von 10,5 Mrd. Somoni (ca. 2 Mrd. US-Dollar) produziert wurden, das ist im Vergleich zu 2013 ein Wachstum um 5,1 %.
18.1.2015	Drogenhändler erschießen an der Grenze zu Afghanistan einen Wehrdienstleistenden.

20.1.2015	Die Drogenkontrollagentur gibt die Festnahme einer Gruppe von Drogenhändlern in der Stadt Kanibadam bekannt, unter ihnen befindet sich ein Major der Strafverfolgungsbehörden. Insgesamt wurden 23 kg Drogen beschlagnahmt.
20.1.2015	Die Vorabmission von OSZE/ODIHR nimmt offiziell ihre Tätigkeit zur Beobachtung der Parlamentswahlen auf.
20.1.2015	Ihre Gold- und Devisenreserven haben sich nach Angaben der Nationalbank 2014 vor allem wegen Währungsstützungen erheblich verringert, Ende 2013 waren es 1,71 Mrd. US-Dollar, Ende 2014 nur noch 481 Mio. US-Dollar.
20.1.2015	Asia-Plus meldet, dass der Export von Baumwollfasern 2014 um 24,5% gesunken ist. Die Aluminiumausfuhr ging sogar um 37,2% zurück.
21.1.2015	FergananeWS.com meldet, dass der Führer der oppositionellen Jugendbewegung Wosroschdenie Tadschikistana (Wiedergeburt Tadschikistans), Maksud Ibragimow, am Vortag in einer gemeinsamen Aktion russischer und tadschikischer Sicherheitskräfte ohne rechtliche Grundlage aus seiner Moskauer Wohnung entführt und nach Tadschikistan geschafft wurde.
21.1.2015	Das Unterhaus des Parlaments ratifiziert den Vertrag zwischen den Regierungen der SCO-Staaten über die Erleichterung des Straßentransports.
21.1.2015	Usmonali Usmonsoda, Minister für Energie und Wasserressourcen, teilt vor der Presse mit, dass durch Zusagen diverser internationaler Geldgeber die Finanzierung des tadschikischen Teilstücks der CASA-1000 Hochspannungsleitung gesichert sei; die schriftlichen Verträge stehen aber noch aus.
22.1.2015	Vertreter der russischen und tadschikischen Energieministerien vereinbaren für 2015 die zollfreie Lieferung von 830.000 t Erdölprodukten von Russland nach Tadschikistan.
22.1.2015	Die Grenztruppen haben 2014 mehr als 1,2 t Drogen, davon 67,7 kg Heroin, beschlagnahmt. Es gab 125 Grenzverletzungen, 235 Personen wurden wegen illegalem Grenzübertritt verhaftet. Bei 18 bewaffneten Auseinandersetzungen kamen 11 Personen zu Tode.
23.1.2015	In einer mehr als zweistündigen von mehreren Fernseh- und Rundfunksendern übertragenen Rede fordert Präsident Rachmon transparente, freie und demokratische Parlamentswahlen und teilt mit, dass entgegen dem globalen Trend in Tadschikistan 2014 die Wirtschaft gewachsen sei.
24.1.2015	Präsident Rachmon entlässt den bisherigen Generalstaatsanwalt, Scherchon Salimsoda, und macht Jusuf Rachmonow zu seinem Nachfolger. Gründe für die Umbesetzung werden nicht genannt.
26.1.2015	Transportminister Chairullo Asosoda dementiert Berichte über die Wiederaufnahme des Flugverkehrs zwischen Tadschikistan und Usbekistan. Es müssten noch letzte offene Fragen beim jährlichen TRACECA-Treffen in Istanbul Ende Januar geklärt werden. Die Flugverbindungen waren 1992 eingestellt worden.
26.1.2015	Die vier bereits am 22.12.2014 entführten tadschikischen Grenzer befinden sich immer noch in der Gewalt einer nicht identifizierten afghanischen Gruppe, sollen aber wohl auf sein, meldet Asia-Plus.
27.1.2015	Der stellvertretende russische Verteidigungsminister Anatolij Antonow trifft zu einem dreitägigen Besuch in Duschanbe ein, wo er mit Präsident Rachmon und Verteidigungsminister Scherali Mirso über russische militärische Unterstützung reden wird. Außerdem ist ein Besuch der 201. russischen Militärbasis vorgesehen.
27.1.2015	Der Vorsitzende der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Barqi Tojik, Rustam Rahmatsoda, teilt vor der Presse mit, dass sein Unternehmen zu Jahresbeginn Schulden in Höhe von 5,1 Mrd. Somoni (949,7 Mio. US-Dollar) bei den Wasserkraftwerken des Landes, der Orion-Bank und dem Finanzministerium hatte. Der größte Schuldner des Unternehmens sei das Aluminiumkombinat TALCO.
27.1.2015	Asia-Plus meldet, dass tadschikische Grenzer bei dem Versuch, einen illegalen Grenzübertritt aus Afghanistan zu verhindern, in der Nacht vom 24. zum 25.1. zwei tadschikische Staatsbürger erschossen haben, ihre beiden afghanischen Begleiter konnten nach Afghanistan flüchten. Vermutlich handelte es sich um Drogenhändler.
28.1.2015	Der Chef der staatlichen Drogenkontrollagentur, Nursasoda, teilt mit, dass Russland Tadschikistan 5,4 Mio. US-Dollar für den Kampf gegen Drogenhandel zur Verfügung gestellt hat und lobt die effektive Zusammenarbeit.
28.1.2015	Die stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Kommunikationsdienstes beim Präsidenten behauptet vor der Presse, dass die Agentur 2014 keinerlei Anweisung für die Schließung oder Blockierung von Websites gegeben habe, sie habe dafür auch gar nicht die Kompetenz.
29.1.2015	Anlässlich des 10. Jahrestages der Einrichtung des nationalen Büros der International Crime Police Organization (INTERPOL) verweist Innenminister Rahimsoda auf dessen effektive Arbeit, die zur Festnahme von 2.500 Personen geführt habe.

Turkmenistan

15.12.2014	Der georgische Präsident Georgi Margwelaschwili trifft im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Aschchabad mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow zu bilateralen Gesprächen zusammen.
------------	--

17.12.2014	RFE/RL berichtet, dass Bewohner mehrerer Dörfer in der afghanischen Provinz Jowzjan damit drohen, turkmenische Grenzer zu überfallen, sollten diese weiterhin, wie von den Dorfbewohnern behauptet, Stützpunkte auf afghanischem Territorium einrichten.
19.12.2014	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Generalsekretär des internationalen Büros für (Welt-)Ausstellungen, Vicente Gonzalez Loscertales, zu Gesprächen über Perspektiven der Zusammenarbeit.
21.12.2014	Präsident Berdymuchammedow legt anlässlich des achten Todestags seines Vorgängers Saparmurat Nijasow in dessen Mausoleum unweit Aschchabad Blumen nieder.
24.12.2014	Radio Azatlyk berichtet, dass örtliche Mitarbeiter des Senders in den letzten Tagen zunehmend von Sicherheitskräften überprüft und in ihrer Arbeit behindert wurden.
26.12.2014	Die Regierung ratifiziert ein bilaterales Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit Kirgistan.
26.12.2014	Die staatliche Fluggesellschaft Türkmenhavaellary kündigt die Einrichtung von Flugverbindungen Aschchabad–Riga und Aschchabad–Kuala Lumpur an.
26.12.2014	Der turkmenische Staatsbürger Ferus Nasarow wird von einem Gericht in Moskau wegen eines versuchten Terroranschlags auf das Moskauer Shoppingcenter Aschan im Jahr 2010 zu neunzehn Jahren Haft verurteilt.
2.1.2015	Die turkmenische Nationalbank wertet den Manat um 18 % gegenüber dem US-Dollar ab, der seit 2009 stabil gehalten wurde. Gleichzeitig wird der Benzinpreis um 60 % von 0,62 Manat pro Liter (ca. 0,22 US-Dollar) auf 1 Manat angehoben. Der Preis für Grundnahrungsmittel wie Mehl und Kartoffeln steigt um das 1,5 bis 2,5fache. Zudem werden die Preise von internationalen Flugtickets erhöht.
4.1.2015	Eine Autofahrerbindung zwischen der Stadt Turkmenbaschi und dem russischen Astrachan wird in Betrieb genommen.
5.1.2014	Chronika Turkmenistana berichtet, dass im Fall der Ende Dezember in ihrer Wohnung in Aschchabad ermordeten Journalistin Gulsen Asyrowa, ihres 17-jährigen Sohnes und einer Bekannten, ein 16-jähriger festgenommen wurde. Über mögliche Motive bzw. Verbindungen zu den Opfern wird nichts bekannt.
7.1.2015	Turkmenistan erlebt eine Phase ungewöhnlich milder Witterung, in Aschchabad werden erstmals im Januar 24 Grad Celsius im Schatten gemessen.
11.1.2015	Elf Regierungsmitglieder und hohe Beamte werden von Präsident Berdymuchammedow während einer Kabinettsitzung scharf gerügt, darunter die für Wirtschaft und Finanzen sowie Landwirtschaft zuständigen Vize-Premiers, Annamuchammed Gotschijew und Annageldy Jasmyradow. Zudem werden mehrere Posten, darunter die des Nationalbankchefs, neu besetzt.
14.1.2015	Präsident Berdymuchammedow entlässt acht der 53 Bezirksgouverneure des Landes wegen nicht zufriedenstellender Arbeitsergebnisse bei der Erreichung landwirtschaftlicher Zielvorgaben.
15.1.2015	Präsident Berdymuchammedow regt in einer Rede vor dem Parlament die Einführung eines Ombudsmanns für Menschenrechte in Fällen von Behördenwillkür an.
19.1.2015	Präsident Berdymuchammedow fordert während einer Regierungssitzung von Parlamentssprecherin Akdscha Nurberdyjewa die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für die verschärfte Bestrafung von Drogenhandel.
21.1.2015	Der afghanische Präsident Aschraf Ghani wird bei einem offiziellen Staatsbesuch in Aschchabad von Präsident Berdymuchammedow empfangen. Thema des Treffens sind die TAPI-Gaspipeline und Sicherheitsfragen.
22.1.2015	Radio Azatlyk berichtet, dass die an Turkmenistan grenzenden Gebiete Afghanistans zunehmend durch mit dem IS assoziierte Kämpfer aus den südlichen Regionen infiltriert würden. Das Auftauchen u. a. von IS-Flaggen in einigen grenznahen Dörfern wird kolportiert.
22.1.2015	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein Dekret über den Bau eines neuen Gaskraftwerks im Gebiet Lebap, das in Zusammenarbeit von Türkmenenergo und der türkischen Calik Holding gebaut werden soll.
23.1.2015	In mehreren Städten des Landes bilden sich aufgrund von Gerüchten über eine Verteuerung des US-Dollar Schlangen vor den Wechselstuben.
28.1.2015	In Mary findet die feierliche Eröffnung des Jahres als Kulturhauptstadt der turksprachigen Welt statt.
29.1.2015	Außenminister Meredow empfängt seine türkischen und aserbaidjanischen Amtskollegen, Mevlut Cavusoglu und Elmar Mammadjarow, zu trilateralen Gesprächen über die regionale und wirtschaftliche Zusammenarbeit.
29.1.2015	Der Chefredakteur der einflussreichen russischsprachigen regierungsnahen Zeitschrift »Nejtralnyj Turkmenistan«, Wiktor Sajzew, stirbt 64-jährig.

Usbekistan

13.12.2014	Präsident Islam Karimow erörtert mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin telefonisch Fragen der bilateralen und regionalen Beziehungen.
13.12.2014	RFE/RL berichtet, dass usbekische Arbeitsmigranten, die bei den zuständigen Behörden in ihrem Heimatland ihren neu eingeführten biometrischen Pass abholen wollen, Befragungen über ihr religiöses Verhalten in Russland unterzogen werden.
15.12.2014	Nach einer Entscheidung von Präsident Karimow wird die individuelle Steuerbelastung auf Einkommen und Besitz ab 1.1.2015 um bis zu 1 % erhöht, Unternehmenssteuern werden leicht gesenkt, Universitäten werden ganz von Steuern befreit. Zeitgleich wird eine Preiserhöhung für Benzin und Alkohol ab Jahresbeginn beschlossen.
15.12.2014	Nach Angaben der russischen Zentralbank wurden im 3. Quartal 2014 von usbekischen Arbeitsmigranten 2 Mrd. US-Dollar rücküberwiesen, das ist ein Rückgang um ca. 9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
15.12.2014	Der Berater für religiöse Freiheit des Bureau of Southern and Central Asia Affairs des U.S. State Department, Samir Hossein, hat während seines Usbekistanbesuches Gespräche mit Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften geführt, teilt das Außenministerium mit.
17.12.2014	Präsident Karimow entlässt den Gouverneur von Suchandarja, Eschdawlat Jurajew.
17.12.2014	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt den Direktor des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) für Russland und Zentralasien, Gunnar Wiegand, der sich für eine Sitzung des Usbekistan-EU-Kooperationskomitees in Taschkent aufhält.
18.12.2014	HRW und die Association for Human Rights in Central Asia fordern anlässlich des Verfassungstages die Freilassung aller politischen Gefangenen in Usbekistan.
19.12.2014	Die Behörden in Istanbul geben die Namen der unter dem Verdacht der Ermordung des oppositionellen usbekischen Imams Abdullo Buchari am 10.12. Verhafteten bekannt. Es soll sich um einen russischen Staatsbürger, einen ukrainischen Staatsbürger tschetschenischer Nationalität und einen Türken handeln.
19.12.2014	Nachdem mehrere abgeschobene Usbeken in ihrem Heimatland verhaftet worden sind, erlässt die norwegische Widerspruchsbehörde für Ausländerangelegenheiten (UNE) einen Abschiebestopp für Usbeken. Am 24.12. werden sechs zuvor aus Norwegen abgeschobene Usbeken nach Folter zu 12–13jährigen Haftstrafen wegen religiösem Extremismus verurteilt, melden usbekische Menschenrechtler.
20.12.2014	Das nationale Sicherheitskomitee meldet, dass am 16.12.2014 im Gebiet Fergana an der Grenze zum kirgisischen Batken in ca. 250 m Höhe ein unbekanntes und unbemanntes Flugobjekt (Drohne) ca. 7 km in usbekischen Luftraum eingedrungen und dann zurückgekehrt sei. Über die Identität liegen keine Angaben vor. In der Region soll nur die 201. russische Militärbasis in Tadschikistan über Aufklärungsdrohnen verfügen.
20.12.2014	Die in Deutschland beheimatete oppositionelle Website Uznews.com stellt nach knapp zehnjährigem Erscheinen die Tätigkeit aus »technischen Gründen« ein. Vor einem Monat war der PC der Herausgeberin Galima Bucharbajewa gehackt und Namen und Adressen der für die Website arbeitenden Journalisten in Usbekistan entwendet worden.
21.12.2014	In ganz Usbekistan finden Parlaments- und Lokalwahlen statt. Die Ökologische Bewegung Usbekistans bestimmt auf einer Konferenz in geheimer Abstimmung die Abgeordneten für die ihr zustehenden 15 Sitze im Parlament.
22.12.2014	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Mirsa-Ulugbek Abdusalomow, teilt vor der Presse mit, dass die Wahlbeteiligung bei 89 % lag. Es wurden 47 Abgeordnete der Liberaldemokratischen Partei, 28 der Demokratischen Partei "Milly Tiklanisch", 21 der Volksdemokratischen Partei und 17 der Sozialdemokratischen Partei "Adolat" gewählt. In 22 Wahlbezirken, in denen kein Kandidat die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat, ist ein weiterer Wahlgang zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten erforderlich.
22.12.2014	Die Wahlbeobachtungsmissionen der GUS und SCO bewerten die Wahlen als demokratisch, transparent und usbekischen Gesetzen wie auch internationalen Regeln entsprechend. Dagegen kritisiert die Mission von OSZE/ODIHR die fehlende Auswahl.
22.12.2014	Auf der türkischen Website haberler.com taucht ein Video der Erschießung des Imam Abdullo Buchari auf.
24.12.2014	Radio Ozodlik, der usbekische Dienst von RFE/RL, meldet, dass in Nukus schon fast einen Monat lang zwei LKW-Fahrer russischer Staatsbürgerschaft unter Hausarrest stehen, weil bei ihnen zwei Bücher religiösen Inhalts gefunden wurden.
25.12.2014	Die Zentrale Wahlkommission teilt mit, dass die Nachwahlen für das Parlament am 4.1.2015 stattfinden werden. Die Präsidentenwahl wird für den 29.3.2015 angesetzt.
29.12.2014	Die Regierung gibt die geplante Schaffung von ca. 400.000 Arbeitsplätzen für aus Russland zurückkehrende Arbeitsmigranten bekannt.
30.12.2014	UzbekEnergo nimmt im Gebiet Namangan eine Testanlage mit Sonnenkollektoren in Betrieb.

1.1.2015	Die usbekische Eisenbahngesellschaft senkt die Preise auf internationalen Strecken um 10 %.
4.1.2015	In 22 Wahlbezirken findet der zweite Wahlgang der Parlamentswahl statt.
5.1.2015	Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang bei 76,9 %, es wurden fünf Kandidaten der Liberaldemokratischen Partei, acht von Milly Tiklanisch, sechs der Volksdemokraten und drei von Adolat gewählt.
6.1.2015	RIA Nowosti meldet, dass Usbekistan seine Grenzsicherung nach Afghanistan derzeit personell erheblich verstärkt.
6.1.2015	Das staatliche erste Fernsehprogramm macht Kleinunternehmer und Privatpersonen, die illegal z. B. für Gewächshäuser Gas abzweigen, für die aktuelle Gasknappheit verantwortlich.
7.1.2015	Im Bezirk Urgut (Gebiet Samarkand) ist der Wasserspeicher Kamongaron fertiggestellt. Er hat eine Kapazität von 1,5 Mio. m ³ Wasser und bedeckt eine Fläche von 16 ha.
12.1.2015	In einer Rede auf der ersten Sitzung des neu gewählten Unterhauses des Parlaments versichert Präsident Karimow u. a., dass Usbekistan keinen fremden Ideologien folgen und keinen internationalen Blöcken beitreten werde und betont die schwierigen Bedingungen bei der Schaffung von Demokratie im Land.
12.1.2015	Der Abgeordnete der Volksdemokratischen Partei Nurdindschon Ismailow wird vom Parlament zu seinem Sprecher gewählt. Zuvor war er Staatsrat beim Präsidenten.
12.1.2015	Ein Gericht in Urgentsch verurteilt vier aus Russland zurück gekehrte Arbeitsmigranten wegen Terrorismus, Angriff auf die Verfassung, Bildung einer religiös extremistischen Organisation und Verteilung extremistischer Literatur zu je acht Jahren Freiheitsentzug. Angehörige und Freunde bestreiten jede religiöse bzw. extremistische Ausrichtung der Betroffenen.
13.1.2015	Auf einer Veranstaltung anlässlich des 23. Jahrestages der Bildung der Streitkräfte am 14.1. warnt Präsident Karimow vor den Folgen des Abzugs der ISAF-Truppen aus Afghanistan.
13.1.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf zwei anonyme Beamte, dass im Gebiet Fergana in den letzten Tagen bis zu 60 Manager und weitere Mitarbeiter von drei Staatsfirmen, die enge Kontakten zu Gulnara Karimowa unterhalten haben sollen, wegen Betrug und Unterschlagung verurteilt worden seien.
13.1.2015	Die 14 Gebietsräte wählen die Mitglieder für das Oberhaus des Parlaments.
14.1.2015	Die Weltbank senkt ihre Prognose für das BIP Usbekistans 2015 leicht von 7,9 % auf 7,4 %.
14.1.2015	Die Liberaldemokratische Partei nominiert den amtierenden Premier Schawkat Mirsijojew für das Amt des Premiers.
14.1.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass der Chef der Abteilung für den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität des Nationalen Sicherheitsdienstes, Dschawdat Scharifchodschajew, wegen Korruption, illegaler unternehmerischer Tätigkeit, Unterschlagung u. a. zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
15.1.2015	Die Liberaldemokratische Partei benennt als erste ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 29.3.2015: Islam Karimow. Ihnen folgen die Volksdemokraten, die Chatamdschon Ketmonow nominieren.
16.1.2015	Mit Narim Umarow und Akmal Saidow nominieren Sozialdemokraten (Adolat) und Mili Tiklanisch ihre Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. Damit haben alle vier zugelassenen Parteien einen Kandidaten aufgestellt.
16.1.2015	Präsident Karimow fasst in einer Rede vor dem Ministerkabinett die ökonomischen Ergebnisse des Jahres 2014 zusammen: Das BIP stieg demnach um 8,1 %, die Industrieproduktion um 8,3 %, die der Landwirtschaft um 6,9 %. Die Inflationsrate lag bei 6,1 %. Als Ziele für 2015 formuliert er 8 % BIP-Wachstum, 11,7 % Steigerung der Konsumgüterproduktion, Entwicklung vor allem der tendenziell global konkurrenzfähigen Industrie, Beseitigung von Barrieren für die Entwicklung der Privatwirtschaft u. a.
17.1.2015	RFE/RL meldet, dass zwei Tage nachdem die norwegische Telenor bekannt gegeben hatte, keine Belege für Korruption in ihrem usbekischen Telekommunikationsgeschäft (Minderheitsbeteiligung an Vimpelcom) gefunden zu haben, im Ministerium für Handel und Industrie neue anonyme Beschuldigungen eingegangen sind.
18.1.2015	Es wird bekannt, dass General Motors Uzbekistan 2014 nur 37.695 Autos in Russland verkauft hat, das sind 38 % weniger als im Vorjahr.
19.1.2015	Der Vorstand der Zentralbank kommt auf einer regulären Sitzung zu dem Ergebnis, dass usbekische Banken nicht nur internationalen Anforderungen entsprechen, sondern sie in einigen Indikatoren sogar übererfüllen. Das Eigenkapital usbekischer Banken läge beispielsweise mit 24,8 % drei Mal höher als nach den Baseler Kriterien der Bankaufsicht gefordert.
20.1.2015	Präsident Karimow ernennt 16 Mitglieder des neuen Senats.
20.1.2015	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik wurden 2014 433 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung neu registriert, insgesamt sind es damit 4.883.

20.1.2015	Die staatliche Fluggesellschaft Ozbekiston Havo Yollari reduziert wegen des schwachen Rubelkurses ihre Verbindungen nach Russland. Betroffen sind Flüge von usbekischen Provinzflughäfen in russische Provinzstädte.
21.1.2015	Auf einer Vorstandssitzung des staatlichen Steuerkomitees werden zwei hochrangige Beamte entlassen, 31 wegen ernster Mängel in ihrer Arbeit getadelt.
22.1.2015	Der neu gewählte Senat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen.
22.1.2015	Daniel Rosenblum, U.S. Deputy Assistant Secretary of State for Central Asia, teilt in einem Interview mit, dass die USA dem usbekischen Verteidigungsministerium mehr als 300 gebrauchte gepanzerte Armeefahrzeuge für den Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel zur Verfügung stellen.
23.1.2015	Das Parlament wählt Schawkat Mirsijojew erneut zum Premier. Das staatliche Fernsehen überträgt seine Antrittsrede vor dem Parlament, zuletzt war der Premier 2011 auf usbekischen Bildschirmen zu sehen.
23.1.2015	In einer Rede vor beiden Häusern des Parlaments fordert Präsident Karimow mehr Aktivitäten der Parlamentarier im gesetzgeberischen Prozess und vor allem bei der Verwirklichung und wiederholt seine Absage an jede Art von Mitgliedschaft in militärischen Bündnissen oder Stützpunkten auf usbekischem Staatsgebiet.
23.1.2015	Das neue Ministerkabinett präsentiert vor dem Parlament sein Programm, darunter die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Beseitigung von Hindernissen für Privatwirtschaft.
25.1.2015	12news.uz meldet, dass der Rat der Muslime Usbekistans die Mohammed-Karikaturen des französischen Sati-remagazins Charlie Hebdo verurteilt habe. Die Botschaft wurde beim Freitagsgebet in den Moscheen verlesen.
26.1.2015	Die Regierung verabschiedet eine Resolution, mit der Industriebetriebe aufgefordert werden, 2015 die Produktionskosten um 15 % zu senken.
26.1.2015	Die staatliche Fluggesellschaft Ozbekiston Havo Yollari teilt mit, dass ihr Passagieraufkommen 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % gesunken ist, dagegen stieg der Cargo-Transport aber um 4,6 %.
26.1.2015	Nach Angaben bei Vesti.uz gab es Anfang 2015 8.186 registrierte NGOs und damit fast 2.000 mehr als ein Jahr zuvor.
27.1.2015	Das Ministerium für Arbeit und Soziales dementiert Gerüchte über eine bevorstehende Heraufsetzung des Rentenalters.
29.1.2015	Petersburger Medien machen bekannt, dass bereits im Oktober 2014 die Leiche eines bei der Arbeit verunglückten Usbeken mit Zustimmung des Generaldirektors der betroffenen örtlichen Firma in einem Wald entsorgt wurde. Fakten werden erst jetzt auf Betreiben der Angehörigen bekannt.
29.1.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet von wachsendem Druck auf Menschenrechtsorganisationen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen, insbesondere in der Stadt Andischan.
30.1.2015	Der deutsche Botschafter in Usbekistan, Neihart Höfer-Wissing, bestätigt vor der Presse, dass der Vertrag zwischen Deutschland und Usbekistan über die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Termes im September 2014 verlängert wurde.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2015 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>